Berlin, Januar/Februar 2019

69. Jahrgang, Nr. 795/96

Was (und wer) kommt mit der Nachfolge von Hubertus Knabe auf uns zu?

Die SED-Opfer und die Basis-Verbände haben keinerlei Einfluss auf die Neubesetzung der Stelle

Was die Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen betrifft, ist es äußerlich ruhig geworden. Nicht einmal auf den Seiten der Medienplattform facebook, wo es von September bis Anfang November ausgesprochen turbulent zugegangen ist, wird der Knabe-Rauswurf diskutiert. Herr Knabe hat mit dem vor Gericht geschlossenen Vergleich selbst einen Schnitt vollzogen.

Der Bundesvorstand der VOS richtet sein Augenmerk nun auf die Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses, das am 22.02. (leider nach Redaktionsschluss) über einen Untersuchungsausschuss im "Fall Knabe" entscheiden will. Wird es diesen Ausschuss nicht geben, darf man vermutlich keine weiteren Antworten erwarten.

Interessant ist die gerade einberufene Findungskommission für eine Neubesetzung des Amtes des Gedenkstättendirektors. Es stellt sich wieder mal die Frage nach unserer aktiven Mitwirkung. Wir als VOS und ältester deutscher Opferverband sind nicht berufen, unsere Meinung ist ohne Belang. Ob der Dachverband UOKG, dem wir noch angehören, die Meinung vertritt, die wir als mitgliederstarker Verband äußern, ist nicht gewiss. Überzeugen konnte uns bisher ebenso wenig die Haltung der CDU. Wir als VOS sehen mit Sorge auf den weiteren Verlauf in Sachen Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen. Es gibt in den Neuen Bundesländern nicht viele Stasi-Opfergedenkstätten, die sich mit dem von Dr. Hubertus Knabe

hinterlassenen Werk messen können. Teils dominiert der Verwaltungsapparat, teils wird einfach zu wenig auf die Zeitzeugen gehört. Unsere große Befürchtung ist, dass wir ein Deja vu zur Gedenkstätte in der Potsdamer Leistikowstraße erleben. Damals wurde gegen den ausdrücklichen, massiven Protest der direkt Be-

troffenen ein Konzept umgesetzt, mit dem die Opfer nicht einverstanden waren. Es ist in den damaligen Ausgaben der Freiheitsglocke ausführlich (und empört) berichtet worden. Wird das nun auch in Berlin-Hohenschönhausen so kommen? Nach der Absetzung von Herrn Knabe wurde Frau Birthler in die Gedenkstätte geschickt, um mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gespräche zu führen. Dass es hier keine für Herrn Knabe schmeichelhaften Antworten geben würde, stand an sich vorher fest. Arnold Vaatz hat sich daraufhin in die Debatte eingeschaltet und ein Schreiben mit mehreren Punkten verfasst, das bislang nicht entkräftet wurde. Frau Birthler ist stattdessen von ihrem eigentlichen Auftrag abgewichen und hat sich auch zur inhaltlichen Konzeption der Gedenkstätte geäußert. Und zwar in negativer Weise. Man darf schon fragen: Musste das sein, hatte man das von ihr verlangt?

Einladung zur Ausstellung
Bilder und Zeichnungen
von Gino Kuhn
im Bürgerbüro **Dr. Clara West**Naugarder Str. 43 in 10409 Berlin
Kontakt unter (030) 76 73 00 36
Wahlkreisbuero@clara-west.de
15.02.-29.03.2019

Wir als Opfer und Verband sind froh und dankbar für jede Unterstützung und jeden Zuspruch, den wir "von oben" bekommen. Leider sind wir inzwischen fast völlig abhängig von der Gunst der Politikerinnen und Politiker. Wir sind zudem maßlos erschüttert, dass der Vorsitzende unseres Dachverbandes, der zugleich in der CDU eine höhere Funktion bekleidet, erstens im "Fall Knabe" mit dem Vertreter der Linken gegen die Interessen seiner Mit-Opfer abgestimmt hat und er zweitens in der Öffentlichkeit über ein Bündnis von CDU und Linken spekulierte. Egal, dass er sich später von dieser verhängnisvollen Äußerung distanziert hat.

Wohin gehen wir, was sind wir noch wert? Wem sind wir – wirklich – etwas wert? Die Entscheidung über die Nachfolge von Knabe wird darauf eine Antwort geben. Mag sie auch bitter ausfallen.

Hugo Diederich Bundesgeschäftsführer Dieses neue Jahr 2019 bringt in Sachen Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen weiterhin Aufregung. Wir als VOS haben nur widerwillig akzeptiert, dass die Entlassung von Direktor Knabe unvermeidbar gewesen sein soll. Wir sind auch nicht davon überzeugt, dass keine parteipolitischen und persönlichen Hintergründe Spiel gewesen sind. Wir haben in der letzten Fg das lange Interview mit Frau Neumann-Becker, Angehörige des Stiftungsrates, gelesen. Das Interview hat viele Argumente geliefert, vieles erklärt, und doch stehen nach wie vor Zweifel im Raum, und diese mehren sich. Nicht etwa weil wir Frau Neumann-Becker misstrauen, sondern weil der Berliner Senat, womit ich nicht nur die Vertreter der Linken meine, mit übertriebenem Eifer zur Tagesordnung übergegangen ist. Die Stelle des Gedenkstättendirektors ist neu ausgeschrieben, Herr Knabe ist draußen. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Vergleich, den er vor Gericht eingegangen ist, als Eingeständnis der Schuld zu werten ist oder ob Knabe letztlich einfach einen Schlussstrich, den ihm niemand verdenken wird, ziehen wollte. Die Übermacht der Macht ist sichtlich zu stark. Unser Verband hingegen hat das Recht, weiterhin Fragen nach den Details zu stellen. Eine dieser Fragen lautet: Warum wird dieses undurchsichtige Konstrukt namens Stiftungsrat, wenn schon nicht durch ein anderes Gremium ersetzt, so doch wenigstens transparent gemacht und warum werden keine Beteiligten von der Basis, womit ganz konkret die SED-Opfer gemeint sind, hinzugezogen? Frau Neumann-Becker hat im Interview die inneren Abläufe und Erwägungen erklärt. Ich halte ihre Antworten durchaus für aussagekräftig und verwahre mich gegen Vorwürfe, die die Integrität der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt in Frage stellen. Frau Neumann-Becker hat in kurzer Zeit eine Menge Fragen beantwortet. Dass Herr Dr. Knabe falsch bzw. nicht gehandelt hat, war uns allen seit September klar, das ist im Interview untermauert worden. Was aber ist mit der Verwaltung,

mit dem Senat? Es heißt, man habe entschieden, keine Praktikantinnen mehr in der Gedenkstätte einzusetzen. Demnach waren die Verstöße in der Kulturverwaltung bzw. beim Senat bekannt. Sind diese Instanzen also nicht ebenso verantwortlich wie Herr Knabe?

Auf ein Wort des Redakteurs

Bei facebook und auf anderen Plattformen wird das Verhältnis der Linken mit der CDU zunehmend thematisiert. Der Gedanke, in diesem Jahr gemeinsame Koalitionen einzugehen, hallt trotz Widerrufs wie ein schmerzhaftes Echo in unseren Köpfen. Und der Vorgang Gedenkstätte ist genau die Wand, von der dieses Echo zurückhallt. Und was eben diese Gedenkstätte angeht, wäre es an der Zeit, den Opfern Mitsprache zu gewähren. In Berlin- Hohenschönhausen sollte es um die Opfer und nicht um Parteien, Versorgungspfründen und persönliche Karrieren gehen. Die SED-Opfer hielten es keineswegs für die schlechteste Lösung, Herrn Knabe eine zweite Chance zu geben. Nach der Lektion, die ihm erteilt worden ist, wird er sich wohl nicht noch mal aufs Gender-Glatteis begeben.

Trotzdem vertrete ich – seit 22 Jahren – mit der Redaktion dieser Zeitung die SED-Opfer und weder die persönliche Sache von Hubertus Knabe oder gar die Berliner CDU. Es geht um Wahrheiten, es geht übrigens auch nicht darum, jemanden – nicht mal Herrn Lederer – in Misskredit zu bringen.

Wir haben als VOS schon seit September empfohlen, eine unabhängige Kommission einzusetzen, um im Ergebnis einen der Öffentlichkeit zugänglichen Bericht vorzulegen. Nunmehr soll im Abgeordnetenhaus über einen Untersuchungsausschuss abgestimmt werden. Es ist fraglich, ob der Antrag eine Mehrheit findet, denn es ist nicht ausgeschlossen, dass parteipolitische Interessen die Zustimmung blockieren. Kommt der Ausschuss nicht zu-

stande, nimmt die Politik unvermeidlich weiteren Schaden, denn dann wird man unabwendbar die Frage stellen: Hat man hier doch etwas zu verbergen?

In Absprache mit dem Bundesvorstand haben wir auf Seite 18 dieser Ausgabe einen Brief vorbereitet, den jedes Mitglied an die Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters senden kann. Damit leisten wir einen Beitrag zur Aufklärung des Vorgangs um Herrn Knabe und zeigen, dass es an der Basis immer noch Betroffene gibt, die mit der Verfahrensweise nicht einverstanden sind.

Natürlich werden wir in der Fg auch weiter unsere Meinung und die Fakten in Sachen Gedenkstätte veröffentlichen. Doch wir dürfen darüber unsere weiteren ureigenen Themen nicht vernachlässigen. Die Anpassung der Opferrente ist durch die Gedenkstätten-Diskussion in den Hintergrund gerückt. Das muss sich ändern, zumal nun auch aus dem Bundesland NRW Unterstützung für den Antrag des Bundesrates zugesagt wurde. Ich möchte unserem Kameraden Karl-Heinz Genath danken, der sich unermüdlich für die Besserung unserer Situation einsetzt und trotz seines respektablen Alters (92 Jahre) so selbstlos und schwungvoll für uns alle aktiv ist. Es sind nicht wenige Rückschläge, die er (bzw. wir) erhalten hat und die ihn dennoch nicht entmutigten.

Zudem ist es geboten, dass wir uns wieder mehr den politischen Ereignissen im Land zuwenden. Vieles geschieht, von dem auch wir betroffen sind. Manches erinnert in abgeschwächter Form an Abläufe in der einstigen DDR. Damit sollten wir uns mehr auseinandersetzen. Und wie erwähnt stehen wir kurz vor der Veröffentlichung der 800. Ausgabe der Freiheitsglocke. Obwohl dies ein einmaliges Ereignis ist, wird uns nicht viel Muße bleiben, uns auf diesen Lorbeeren auszuruhen,

Bis zur nächsten Ausgabe Ihr Alexander Richter

Titelseite Die Forderungen der VOS Mehr Mitsprache für die Betroffenen, mehr Transparenz zu den Vorgängen, klare Ab-	Gedenken an den Volksaufstand von 1953 nun auch in Darmstadt vervollkommnet Ehrhard Göhl bleibt bei Hessens Landesregie- rung eine respektierte Größe 10 - 11	
grenzung von den Linken Redaktionsthema: Die Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen – was bringt die Zukunft	Die Treue zu dieser demokratischen Republik ist offenbar kaum etwas wert Wie die Instanzen und Gutachter über die Haft und deren Folgen denken	
Eine nochmalige Betrachtung 2 Für uns bewegt sich immer weniger auf der politischen Bühne Ratlosigkeit und Frust unter den SED-Opfern 4	Dem Abgeordneten die Anliegen vorgetragen VOS-Landesgruppe NRW zu Gast im Landtag 12 Sympathie für unsere Widerstandsbewe-	r
Es ist noch längst nicht alles auf dem Tisch! Auch wenn es unerwünscht ist und nicht überall be-	gung war früh erkennbar VOS-Vertreter besuchen Beauftragten für Ver- triebene im Landtag NRW 13	}
achtet wird: Die SED-Opfer lassen sich zumindest nicht den Mund verbieten. Sie fordern Aufklärung und ein Mitspracherecht bei der Neubesetzung der Stelle des Gedenstättenleiters 4 - 6	Glückwünsche für zwei VOS-Aktivisten 75. und 65. Geburtstag Wozu eine kommunistische Planwirtschaft?	4
Das (Un)wesen der SED-Diktatur muss deutlich in den Geschichtsunterricht Der "Fall Knabe" macht das Dilemma der Aufarbeitung in weiteren Dimensionen deutlich 5	Eine weitere Auseinandersetzung mit der Lehre des allmächtigen Marx 15 Der 30. Jahrestag wäre ein guter Anlass Verbesserung der Opfer-Finanzen erwünscht 15	
Ein Feiertag, den wir anders kannten Berlin führt als Bundesland den Frauentag als neuen Feiertag ein 7	Er war unser Mann in den USA Zum Tod Werner Juretzkos 16 - Das volle Programm der DDR-Psychiatrie Anerkennung der Schäden abgelehnt 1	17 17
Die Haft hing ihm ein Leben lang an Zum Tode unseres Kameraden Rainer Schenk 7	AUFRUF – bitte ausfüllen und absenden 18	
Der Fall Marx: Es ist genug Blut geflossen. Und doch wird er weiter vergöttert Neubrandenburg kann nicht von ihm lassen!	Familiär und vertraut Berliner VOS-Gruppe veranstaltet traditionell gemütliche Weihnachtsfeier 20	
Wichtiger Beitrag zur politischen Bildung Ein Programm zur Aufarbeitung der Geschichte vor 100 und vor 30 Jahren 8 Missverständnisse und Unaufgeklärtheit durch guten Auftritt ausgeräumt Das NRW-Zeitzeugen-Projekt konnte seinen Ruf als demokratische Initiative festigen 9	Dankesschreiben20Mitteilungen12, 20Leserbriefe,8, 18, 11Nachrufe7, 16Tagebuch der kritischen Gedanken5Impressum / Termine20	_

Danke an alle großartigen Spender, die sich für die VOS einsetzen!

Der Vorstand hat nichts einzuwenden, wenn es künftig immer so viele sind

Ingrid Arena, Claudia Hellström, Beate Rusch, Fritz Schaarschmidt, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Hans-Georg Metzsch, Günter Steinrücken, Benno Kny, Karl-Gunter Wähling, Karl-Heinz Ulrich, Dr. Peter Joachim Lapp, Reinhard Köhler, Hans Steffen, Hede Ehrlich, Manfred Fenner, Sabine Steckroth, Hans-Joachim Markgraf, Eckhard Mensebach, Gotthilf Sternberg, Dr. Bernd Palm, Dr. Ingrid Schmidt, Gotthard Rammer, Erdmute und Dr. Walter Weller, Eberhard Lindner, Paul Radicke, Bernhard Buhr, Klaus Feibig, Wolfgang Lehmann, Klaus Richter, Monika und Volkmar Christner, Jürgen Kurt Wenzel, Roland Ermer, Erich Marzahn, Friedhelm Stage, Dieter Müller, Helmut Klötzner, Karl-Heinz Ossenkopp, Heinz Thiele, Ingeborg Gericke, Henry Sobora, Eckhard Weiner, Barbara und Harald Beständig, Robert Lohse, Gerhard Heiland, Peter Ruck, Sven Rühlmann, Reinhard Maier, Gabriele und Udo Heideklang, Waltraud Ewert, Roland Fiedler, Dorothea Harder, Bernd Westphal, Ferdinand Gesell, Joachim Liebmann, Horst Radtke, Bruno Niedzwetzki.

Holger Coors, Bringfried Schneider, Christof Melzer, Christel Haustein, Christa und Bernd Pieper, Renate und Rolf Persich, Heinz Bemme, Rudolf Schrader, Helfried Reichel, Jörg Petzold, Gottfried Hoyer, Helge Olvermann, Günter Hoffmann, Felix Heinz Holtschke, Brigitte Voelkel, Hans Stein, Martin Pescheck, Horst Menzel, Peter Schneeweiß, Günter Scharf, Helga Prieß, Karl-Heinz Werner, Dr. Peter Uebachs, Hans-Joachim Keferstein, Wolfgang Altmann, Hans-Jürgen Mewes, Martina und Uwe Rutkowski, Erhard Göhl, Klaus Muder, Friedrich Radochla, Karl-Heinz Ruhnau, Helmut Meng, Ernst Levin, Frank Nemetz, Jürgen Wolf, Erika Herbrich, Ingrid und Michael Faber, Hermine und Reinhaold Irimi, Horst Ahrens, Joachim Hänel, Fredi Wietzoreck, Erich Beier, Ingrid Schmidt, Kurt Dietz, Christoph Glaßer,

Hinweis: Wegen der Dringlichkeit zur Aufklärung der Vorgänge in der Gedenkstätte Hohenschönhausen mussten einige vorgesehene Beiträge auf die nächste Freiheitsglocke verlegt werden. Der Redakteur bittet hierfür um Verständnis. *ARK*

Das war Schnappatmung für das linke Lager – Dank an Herrn Knabe

Die SED-Opfer sehen sich mit der Abberufung des Gedenkstättendirektors auch selbst angegriffen

Liebe Kameradinnen und Kameraden.

ich weiß nicht, ob es euch beim Lesen der Freiheitsglocke Nr. 793/94, der letzten im vergangenen Jahr, genau so ergangen ist wie mir. Man wird den Eindruck nicht los, dass sich immer weniger in unserem Sinne auf der politischen Bühne bewegt. Trotz leidenschaftlicher Bemühungen unserer gewählten Vertreter und aller freiwillig aktiven VOS-Mitglieder werden die Hürden gegen unsere Ziele und Vorstellungen immer höher gelegt. So ersichtlich z. B. schon im Aufmacher von Detlef Chilla, die Entlassung des Gedenkstättendirektors Knabe betreffend, über den Beitrag von B. Thonn "Ablehnung des Inflationsausgleichs" bis hin zum Gespräch zwischen Alexander Richter und Birgit Neumann-Becker. Nur um einige Punkte herauszugreifen und zu benennen – leicht wird man weiter fündig.

Frau Neumann-Becker rät im Interview zur Causa Knabe einen kühlen Kopf zu bewahren. Mir will das allerdings nach der Lektüre nicht mehr ganz gelingen. Mit ihrem Votum zur Abberufung von Hubertus Knabe, ihrer Vita – und da hilft ihr auch die geschliffenste Funktionärsrhetorik nichts – ist sie viel eher das Problem und keineswegs die Lösung der Zersetzungs-Aktion rund um die Gedenkstätte.

Und Dieter Dombrowski?

Er reiht sich doch nahtlos in das ungebremste Abdriften Deutschlands unter Merkel bzw. Europa unter Macron, Merkel und Juncker, nach links ein. Was interessiert mich der Verrat an den Interessen ehemaliger politischer Häftlinge, Hauptsache warm eingebettet im Mainstream und die Pfründen stimmen. Oder hat die Union bei der Abstimmung seinen Stift gehalten?

Wir wissen als Außenstehende alle nicht ganz genau, was vorgefallen ist. Fest steht nach allen Aussagen aber, und hier beziehe ich mich auch auf Journalisten außerhalb der Freiheitsglocke, dass Knabe selbst nicht irgendwo und irgendwann dem Vorwurf des sexuellen Übergriffs ausgesetzt war. Alle sonstigen Anschuldigungen sind dehnbar,

subjektiv und politisch motiviert. Und das bleiben sie auch!

Sein kompromissloses Eintreten für uns Opfer, seine Buchveröffentlichungen und sein Kampf gegen Linksextremismus bescherten dem gesamten linken Lager, Teile der Union inbegriffen, regelmäßige Schnappatmung. So einer musste weg!

Danke für alles, Hubertus Knabe! Als ich Anfang Oktober erstmalig von dem Fall gehört hatte und dazu noch die Info, dass ausgerechnet der Vorsitzende der Opferverbände die Entlassung mit seiner Unterschrift mit auf den Weg brachte, war ich fassungslos. Und es tut gut zu lesen, dass ich in unserer Gemeinschaft bei Weitem nicht der Einzige bin.

Ja, fassungslos; viel zu oft aber muss man sich wundern, wenn man die momentane politische Situation in Deutschland vor Augen hat? Ich meine, nein! Und nun mag mir Kamerad Thonn gestatten, auf einen zweiten Bericht von ihm über die Zeitzeugen-Absage auf Seite 21 hinzuweisen. Nach dem Lesen dieser Zeilen waren sie wieder da, die leidigen Gedanken, die keiner von uns noch einmal braucht: Hatten wir das alles so gewollt, so verdient, als wir damals nach viel Leid und Elend unsere schönste Reise, ob im Bus aus Chemnitz, per Bahn oder sonst wie, in Richtung Freiheit, Richtung Westen antraten? Sicherlich die wenigsten von uns.

Die Absage an die Zeitzeugen-Gruppe in besagtem Artikel wird mit rechtem Gedankengut begründet. Muss man sich da wirklich wundern, wenn eigenes Denken und jede Abweichung vom vorgegebenen politischen Kurs im günstigsten Falle rechts zu sein hat, oder je nach Beurteilung braun oder gar faschistisch ist?

Umerziehung, die Gott sei Dank zumindest bei uns politischen Häftlingen damals nicht gegriffen hat, hat in 50 Jahren auch auf der Westseite tiefe Verwirrung hinterlassen. Das so auszusprechen gehört zur Wahrheit, auch wenn es ringsum nicht gern gehört wird. Und diese Verwirrung betrifft beileibe nicht nur Teile der NRW-Lehrer, sie durchdringt alle Schichten und

Gruppierungen, macht auch vor hoch angesehenen Berufsständen nicht halt und feiert in der Politik fröhliche Urstände.

Wir wissen das alle. Und weiter? Was ist mit uns, zwischen allem? Was bleibt uns zu tun?

Wer will da die richtige Antwort kennen, jeder wird das für sich selbst entscheiden.

Ja, die meisten von uns sind im verdienten Rentenalter – noch einmal gegen die Wand rennen? Nein! Eine salomonische Antwort könnte lauten, sich auch weiterhin auf die Tugenden zu besinnen und nach ihnen zu handeln, die uns damals bis hierher gebracht haben!

Mit freundlichen Grüßen Michael Kühn

Weitere Stimmen zu den Vorfällen in Berlin-Hohenschönhausen

Suggeriert wird, in der Gedenkstätte würden Jugendliche ideologisch "überwältigt", zu diesem Zweck sogar in Zellen gesperrt. Olle Kamellen: So etwas gab es unbestritten in Einzelfällen, offizielles Programm ist es nicht. Die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Zeitzeugen, die jährlich für fast eine halbe Million Besucher in der Gedenkstätte einen guten Job machen, werden damit pauschal abqualifiziert. *Mario Röllig*

Noch einmal, entscheidend sind nicht Herr Lederer oder Herr Knabe. Entscheidend ist, wer die Aufsicht über das Gedenken hat und dies ist die Partei SED/Die Linke, der Schlächter von gestern wird zum Vorsitz der Aufklärer über diese Verbrechen. Es gibt ein Buch "Opfer ohne Lobby" und dies sind die Opfer zweifellos!

Hugo Diederich

Gewünscht ist jetzt wohl eine Aufarbeitung durch "Wissenschaftler" als Geschäftsidee und zwar möglichst ohne oder gar gegen die Opfer des SED-Regimes

Martin Pescheck

Anm. d. Red.: Die Freiheitsglocke wird trotz des nur zweimonatigen Erscheinens weiterhin Meinungen und Fakten zur Gedenkstätte veröffentlichen.

Das hat auch schon ein gewisses "Geschmäckle"

Mischen sich inzwischen zu viele Betroffene in die Gedenkstättendiskussion ein?

Aus meiner Sicht hat es schon "ein Geschmäckle" (höflich ausgedrückte süddeutsche Formulierung), wenn sich nun die Ehefrau des UOKG-Vorsitzenden und gleichzeitige Angestellte der UOKG parteiisch zu Wort meldet.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Pescheck

Anm. d. Red.: Der Verfasser des vorstehenden Beitrags bezieht sich auf ein im Dezember 2018 per Email verbreitetes Schreiben (mehrere Empfänger) mit der Überschrift "Es reicht", in dem die Unterzeichner_innen das Ende der Diskussion um die Absetzung von Hubertus Knabe als Gedenkstättendirektor forderten. Das genannte Schreiben ist nicht für eine Veröffentlichung in der Freiheitsglocke autorisiert gewesen.

Der Redakteur bemüht sich auch weiterhin, um ein Interview mit Hubertus Knabe bzw. um eine persönliche Stellungnahme.

Ein realitätsnahes Bild über das (Un)Wesen der SED-Diktatur an Schulklassen vermitteln

Brandenburger Forum spricht sich für konsequentes Einwirken auf junge Generation aus

Die Sorge um eine geeignete Nachfolgelösung und damit die Zukunft der doch sehr wirkungsvollen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen beschäftigt mich bzw. uns seit vielen Wochen.

Davon unbeirrt engagiert sich unser FORUM, das sich der konsequenten Aufarbeitung der SED-Diktatur im heutigen Bundesland Brandenburg verpflichtet sieht, weiterhin für die durch die Landesregierung herzustellende Transparenz bei der Erfassung der Gedenkortbesuche aller Brandenburger Schüler, wie sie in den Rahmenlehrplänen seit dem Vorjahr verbindlich vorgesehen und in der Koalitionsvereinbarung von SPD und LINKEN auch enthalten sind. Wie aktuell aus der Bündnis-Fraktion zu erfahren war, soll die hier seit 2014 bestehende Blockade-Haltung der Landesregierung nunmehr aufgegeben werden, indem das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport "zu dem Ergebnis gelangt sei, die Daten (für zwei Jahre) nun zu erheben".

Es wäre aus Sicht unseres Forums unbedingt zu wünschen, dass vor allem die großen Medien den Herausforderungen bei der Vermittlung eines realitätsnahen Bildes über das (Un)Wesen der SED-Diktatur an die junge Generation ebenso Raum geben würden, wie sie es bei den aktuellen Personalfragen auf der großen politischen Bühne sehr detailliert und ausführlich tun.

Manfred Kruczek

Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg

Das ist bedauerlich, aber noch kein Grund zur Entmutigung

Eine weitere Meinung eines VOS-Mitglieds zum "Fall Hubertus Knabe"

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

Der Fall Knabe ist bedauerlich und wird sich wohl leider nicht mehr ändern lassen. Das müssen wir nun einfach mal akzeptieren. Leider, und das wissen wir ganz genau, hat Herr Knabe als Führungskraft inklusive seinem Auftreten nun mal nicht das geliefert, was man in einer solchen Position erwarten darf.

Dass wir SED-Opfer mit ihm einen hervorragenden Kämpfer mit hoher Fachkompetenz für unsere Sache verloren haben, darf uns dennoch nicht entmutigen. Der neue Mann oder die neue Frau an der Spitze der Gedenkstätte darf sich die kritisierten Defizite nicht erlauben. Denn genau das sind die Haare in der Suppe, mit denen die SED-unterwanderte LINKE es schafft, ihr Ziel zu erreichen, nämlich die Aufklärung der SED- Diktatur zu blockieren.

Uns hilft nur der Blick nach vorn. Da wäre es in der Tat sehr sinnvoll, wenn die VOS (erweiterte Bundesvorstandssitzung) sich zu einer abgestimmten Strategie zum weiteren Vorgehen abstimmen würde.

Aus meiner Sicht wäre es sogar sinnvoll, dazu die Herren Arnold Vaatz, Roland Jahn und auch Hubertus Knabe als Berater mit einzuladen.

> Mit kameradschaftlichen Grüßen Christoph Becke

Eine zweifelhafte Diskussion auf Schmalspurniveau?

Thema Kohlekraftwerke. Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken zitiert

Die Diskussion über die Abschaltung der Braunkohlekraftwerke greift um sich wie vorerst noch die Abraumbagger in den Tagebauen. Die Proteste sorgen für Aufsehen und Schlagzeilen und führen zum beabsichtigten Ziel. Bis zum Kanzleramt und zum Bundestag bewegten sich die Demonstranten, damit in Deutschland der Kohleabbau gestoppt wird. Sicher, das Argument Umweltbelastung ist unwiderlegbar, unser Klima (nicht nur das politische) soll sauber werden. Und doch: Deutschland allein kann weder die Energiewende schaffen noch für die saubere Luft auf dem gesamten Planeten sorgen. Es sind vor allem Länder wie China oder Russland gefragt, die ein verantwortungslose Umweltverschmutzung betreiben. Man muss also fragen, was ist beispielsweise mit China, wo sogar neue Kohlekraftwerke gebaut werden sollen, anstatt die alten abzureißen? Wäre es nicht angebracht, vor der Botschaft Chinas und anderer betroffener Länder Mahnwachen einzurichten und damit für ein sauberes Klima zu demonstrieren?

Paul G. Thiesreuther

Der Untersuchungsausschuss müsste eine Selbstverständlichkeit sein

VOS hat in letzter Minute noch einen Appell an die Berliner CDU gerichtet: Wir bitten dringend um Zustimmung!

Nachdem in den Berliner Medien gemeldet wurde, dass die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus uneins ist, ob sie einem Antrag der FDP-Fraktion auf einen Untersuchungsausschuss zum Thema Dr. Hubertus Knabe zustimmen wird, wandte sich der Bundesgeschäftsführer der VOS umgehend an den CDU-Fraktionsvorsitzenden Burghard Dregger, um an die Fraktion zu appellieren, den von der FDP gestellten Antrag zu unterstützen. Nach Ansicht der Betroffenen, die u.a. auch in Hohenschönhausen inhaftiert waren, so Kamerad Diederich, wäre ein solcher Ausschuss geboten. Desweiteren führt der Bundesgeschäftsführer aus:

Wir, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., sind seit dem 9. Februar 1950 der Vertreter für die Politischen Häftlinge aus der SBZ/DDR und bundesweit organisiert. Konrad Adenauer war zu den Anfängen auf einer unseren Generalversammlungen.

Unsere Mitglieder haben die Diktatur hautnah erlebt, ein großer Teil hat bleibende Schäden durch die von der SED/Die Linke gebauten und betriebenen Folterstätten davongetragen.

In diesen Tagen diskutiert die Presse über das Abgeordnetenhaus, wo die FDP-Fraktion einen Untersuchungsausschuss im Fall Dr. Hubertus Knabe beantragt hat. Die Berliner CDU ist sich offenbar uneinig, wie sie damit umgeht.

Dies können wir als ehemals Betroffene absolut nicht verstehen. Fest steht, die alte SED hat sich nur umbenannt, die Partei Die Linke ist juristisch die Partei, die die Folterstätten der Diktatur, wie in Hohenschönhausen, gebaut und betrieben hat. Darf diese Partei nun das oberste Aufsichtsgremium zur Aufarbeitung dieser Verbrechen in Hohenschönhausen anführen. Hier geht es nicht um die Person von Dr. Lederer an sich, sondern um die Partei selbst. Wir stellen die Einmaligkeit der ersten Diktatur nicht in Frage, jedoch verbietet auch nur der kleinste Gedanke, Parallelen zu denken. Beides waren nachgewiesenermaßen schreckliche Diktaturen.

Wir als Betroffene können nicht verstehen, weshalb Dr. Knabe als Gedenkstättendirektor gehen musste. Bisherige verbale Antworten stellen uns nicht zufrieden. Wir wollen keinen aalglatten SED-Kultursenator, wir wollen Antworten. Dies kann nur durch einen Untersuchungsausschuss erfolgen.

Wie erwähnt, fand die Abstimmung über den Untersuchungsausschuss nach Redaktionsschluss dieser Fg-Ausgabe statt. Fest steht, die Betroffenen werden in jedem Fall weiter nach Aufklärung streben. Allerdings sollte man eines nicht vergessen: Unter einer CDU, die von Konrad Adenauer oder auch Helmut Kohl angeführt wurde, hätte es eines derartigen Appells nicht bedurft. Die Fraktionen – im Bundestag und im Senat – hätten ohne zu zögern einem Untersuchungsausschuss nicht nur zugestimmt, sie hätten ihn selbstredend gefordert.

Hugo Diederich/ VOS-Bundesvorstand

Knabe-Nachfolge: Bewerbungen sind nun möglich

Für die Entscheidung über die/den neue/n Direktor/in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen steht eine Kommission fest, der u. a. angehören: die Landes-Beauftragten von Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Birgit Neumann-Becker und Maria Nooke; Marianne Birthler, ehemalige Bundesbeauftragte; Christian Sachse, Historiker bei der UOKG; Axel Klausmeier, Direktor der Gedenkstätte Berliner Mauer und Andreas Nachama, Direktor NS-Dokumentationszentrums Topographie des Terrors.

Heißt "Good bye Lenin" auch Goob bye, Aufarbeitung?

Das Interesse der Schulen an echten Zeitzeugen aus der DDR ist unterschiedlich

Zitat von Frau Professor Schlotheuber: "... aber der Geschichtsunterricht sollte sich auch nicht allein auf den Nationalsozialismus konzentrieren." Diesen Nebensatz kann ich als Zeitzeuge der Zweiten Deutschen Diktatur – ein Projekt der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) in Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum und gefördert von der Stiftung Aufarbeitung des SED-Regimes, nur unterstreichen!

Auch das SED-Regime in der ehemaligen DDR war insbesondere in den 50-iger und 60-iger Jahren eine schlimme, menschenverachtende kommunistische Diktatur, die ihre Gegner gnadenlos verfolgte und nach Gutdünken vernichtete, sie elementarer Menschenrechte beraubte und schließlich ihre 17 Millionen Untertanen am 13. August 1961 für über 28 Jahre einmauerte. Wir noch lebenden Zeitzeugen kämpfen gegen das Vergessen auch dieser dunklen Epoche in der deutschen Geschichte, doch zu oft vergebens.

Es wird uns allerdings gesellschaftspolitisch auch nicht leicht gemacht. Der 17. Juni als Gedenktag für den mitteldeutschen Volksaufstand wurde abgeschafft, der in aller Welt vielbeachtete 9. November 1989 nicht als Mauerfall-Gedenktag etabliert, dafür federführend von der SED-Nachfolgepartei Die Linke neuerdings in Berlin der 8. März als Internationaler Frauentag auf den Schild eines gedenkwürdigen Feiertages gehoben. Geschichtslehrer vieler Gymnasien weisen unser Engagement zur umfassenden Demokratieerziehung am Beispiel der DDR-Diktatur allzu oft zurück, obwohl das Schüler-Wissen darüber oftmals groteske Ausmaße annimmt. Lehrplan-Überlastung ist dabei noch die harmloseste Ausrede der Verantwortlichen.

Viele Geschichtslehrer möchten sich vielleicht auch nur das niedliche Good- bye-Lenin-Bild von der DDR bewahren und winken genervt ab. Und so nimmt das DDR-Unrechtsvergessen weiter seinen Lauf, leider auch bei Prof. Schlotheuber – sie erwähnt bei ihrer Geschichtsbetrachtung diese historisch dunkle 40-jährige Epoche im östlichen Teil Deutschlands auf einer ganzen Zeitungsseite mit keiner Silbe.

Felix Heinz Hotschke

Zur Person: Frau Professor Eva Schlotheuber ist habilitierte Historikerin, sie hat an mehreren renommierten Universitäten gelehrt und Schriften veröffentlicht

Für die VOS gelebt und immer für sie dagewesen

Unser Verband trauert um Reiner Schenk, der uns kurz vor Weihnachten im Alter von nur 79 Jahren viel zu früh verlassen hat



Es ist schlimm, wenn jemand, der eigentlich noch so sehr gebraucht wird und dem so viele Sympathien seiner Mitmenschen beschieden sind, plötzlich aus dem Leben gerissen wird. Die Kameradinnen und Kameraden der VOS-Bezirksgruppe Leipzig mussten diese bittere Erfahrung

zwei Tage vor Weihnachten machen. Reiner Schenk, verdienstvoll und ausgesprochen beliebt, verstarb gerade jetzt. Obwohl er bereits seit längerem krank war, kam diese Nachricht für uns alle überraschend und schockierend.

Kamerad Schenk hat viel für die VOS getan. Er war seit Jahrzehnten Mitglied im Verband, und er hat wesentlichen Anteil an der guten Entwicklung der Leipziger Bezirksgruppe, der er sich stets verpflichtet fühlte und die fast ein zweites Zuhause für ihn war. Auch auf Bundesebene wurde seine Mitarbeit geschätzt. Er nahm an den Generalversammlungen teil und brachte sich mit Ideen und Vorschlägen ein, wobei seine Sachlichkeit für ihn sprach.

Dass er so früh und unverhofft von uns gegangen ist, schmerzt uns alle sehr. Unser Mitgefühl gehört daher besonders seiner Familie, voran seiner Gattin Ilse. die ebenfalls Mitglied der VOS ist.



Wir werden unseren Kameraden Reiner Schenk in guter Erinnerung behalten. Wie manch anderer verdienstvolle Kamerad hat auch er den Verband ein Stück mit vorangebracht. Er hat wie all die anderen Opfer in den Kerkern des SED-Staates gelitten, diese Zeit, dieses Schicksal hat seine Spuren hinterlassen. Die Haft, das erlittene Unrecht, ist das, was einem ein Leben lang anhängt und nicht selten ein Leben viel zu früh beendet.

Kamerad Schenk wird wie all die vielen verdienstvollen, viel zu früh verstorbenen Kameradinnen und Kameraden in unseren Herzen bleiben.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur VOS-Bezirksgruppe Leipzig

Der Unrechtsstaat rückt näher

Über die Lüge und den Widersinn des nunmehr wieder eingeführten Frauentags in Berlin

Wenn man auf die DDR zurückblickt, stolpert man prompt über den ideologisch geprägten Wahnsinn der Gedenktage. Gemeint sind damit nicht die traditionell christlich begründeten Anlässe, von denen sich der SED-Staat im Übrigen auch zusehends distanzierte, sondern es geht um jene Tage, die als Boten des Fortschritts anzusehen sein sollten und die die Großartigkeit der alles bestimmenden Partei zu bestätigen hatten. Tag der Befreiung, Tag der Republik (später Nationalfeiertag, Weltfriedenstag und mehr. Dazu ist festzustellen, dass die Bürger in der Tat friedliebend waren und sie auch keinen braunen Faschismus wollten. Aber unter Befreiung und Frieden versteht man eher einen Zustand der Freiwilligkeit und des Wohlbefindens. Und selbigen hatten die meisten DDR-Bürger nicht. Die Herrschaft der Sowjets, die diese gemeinsam mit ihren Statthaltern von der SED ausübten, war eine gut organisierte Form moderner Sklaverei, in der die Menschen aufgefordert waren, die Diktatur zu begrüßen und der Riege der Diktatoren zuzujubeln. Dazu boten die selbsterhobenen und die geschichtlich bereits verankerten "Ehrentage" ein gutes Podium. Erster Mai, Kampftag der Werktätigen - ein Paradebeispiel im doppelten Sinne: In Kolonnen marschierten die Massen vom Kindergarten bis zur Veteranengarde (unfreiwillig) an den Tribünen vorbei, auf denen Honecker und Co. in gesalbten Posen die erzwungener Weise dargebotene Volkssympathie erwiderten.

Dann waren da der Tag der Volksarmee, Tag des Bergmanns, Pioniergeburtstag usw., es ließen sich nahezu endlos viele Tage aufzählen. Und eben war da auch der Internationale Frauentag, dessen sich die DDR ganz besonders rühmte und an dem die Blumenläden der Städte und Gemeinden ausnahmsweise ausreichend mit Tulpensträußen bestückt waren. Man "ehrte" in den Arbeitskollektiven die Frauen und beweihräucherte sich als SED selbst hinreichend, indem man unverhohlen und schamlos in die Welt hinausposaunte, wie großartig das Recht der Frauen in der DDR verwirklicht sei. Überall.

Von Hoheneck freilich sprach niemand. Frauen, die unverschuldet in der Stalin-Ära eingebunkert worden waren, Frauen, die allein oder mit ihren Familien illegal dieses Gleichberechtigungsparadies hatten verlassen wollen. Republikflucht, Ausreiseantrag, unerlaubte Verbindungsaufnahme zu feindlichen Organisationen. Diese mutigen, geplagten und um ihrer elementaren Freiheit beraubten Frauen bekamen keine Blumensträuße, sondern Schläge. Wenn sie Zusatzschichten fuhren, sprach man nicht von der Stärkung des Vaterlandes, sondern von Wiedergutmachung ihrer Verbrechen wider den SED-Staat. Nun darf man (zumindest) in Berlin jubeln, dass ein solcher zweifellos befleckter und missbrauchter Feiertag erneut eingeführt wird. Gleich, kurze Zeit nach Erscheinen der Freiheitsglocke dürfen ihn alle begehen. Die Linke hat es durchgesetzt, die jungen Frauen sehen es als Schritt in Richtung Emanzipation an. Die Jahrzehnte lange Lüge, die dem Tag anhaftet, kennen nur noch wenige. Wie traurig, wie schändlich. Valerie Bosse

Nicht nur sein Äußeres ist für immer in Stein gemeißelt

Das Denkmal für Karl Marx wurde in Neubrandenburg wieder aufgestellt. Die SED- Opfer fühlen sich schlicht verhöhnt.

Die Stadt Neubrandenburg würdigt das Marx'sche Lebenswerk mit der Wiederaufstellung des Marx-Denkmals. Viele meinen, seine Ideen sind im 20. Jahrhundert zu Aufbau und Rechtfertigung von Diktaturen missbraucht worden. Viele stellen auch heraus, das kommunistische Manifest gehört zum Unesco-

Weltkulturerbe und deshalb müsse man Marx ehren.

Im kommunistischen Maderen nifest, Verfasser Marx und Engels waren. steht schwarz auf weiß "Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor ei-



ner kommunistischen Revolution erzittern." (Gesamtwerk M/E Band 4, 493). Nimmt man diese Texte, sehe ich allein im vorigen Jahrhundert Berge von Leichen und Ströme von Blut in den ehemaligen kommunistischen Ländern. Muss man nicht blind sein, wenn man verkennt, dass sich Verbrecher wie Stalin auf solche Texte berufen konnten.

Die Stadt Neubrandenburg hat bei der Aufstellung keinen Opferverband der SBZ- bzw. DDR-Diktatur beteiligt. Damit ist eigentlich alles gesagt, was die demokratische und geschichtsrelevante Verfahrensweise zur Entscheidungsfindung angeht.

André Rohloff

Angemerkt: Das Foto (© privat) zeigt die Seitenansicht des Marx-Grabmals auf dem Londoner Highgate-Friedhof. Hierher pilgern täglich Touristen und Einheimische, um am Sockel Blumen niederzulegen und andächtig innezuhalten. Besser sollte man seiner mit den Worten gedenken: Marx ist hier begraben. Man sollte damit auch im Hinblick auf seine Werke so verfahren. Es ist – in seinem Namen – genug Blut geflossen. B. Thonn

Start für Förderprogramm "Revolution und Demokratie"

Unterstützung für Projekte, die an Revolutionen von 1918/19 und 1989/90 erinnern Pressemitteilung des Sächsischen Landesbeauftragten 1/2019 vom 29. Januar 2019

Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow, begrüßt das von der Sächsischen Staatskanzlei aufgelegte Förderprogramm "Revolution und Demokratie", das den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution und die Gründung des Freistaates Sachsen vor 100 Jahren würdigt.

Das Förderprogramm unterstützt Projekte, die an die revolutionären Ereignisse erinnern und den Aufbau der Demokratie vor hundert beziehungsweise dreißig Jahren in den Blick rücken und vergegenwärtigen. Dabei interessieren nicht nur historische Schlaglichter in den sächsischen Metropolen, sondern auch kleinere Ereignisse in den Regionen.

Lutz Rathenow als Landesbeauftragter in Sachsen ermutigt deshalb vor allem kleinere Initiativen im gesamten Freistaat, sich um eine Förderung zu bemühen: "Das Programm kann einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung leisten, wenn es von möglichst vielen genutzt und mit Leben gefüllt wird. Die Friedliche Revolution war eine Gesamtleistung vieler Gruppen und einzelner Menschen an ganz unterschiedlichen Orten, die wie in einem Mosaik als Teile des Ganzen wirkten. Diesen vielstimmigen Aufbruch in all seinen Facetten näher bekannt und für die Gegenwart nutzbar zu machen, ist ein wichtiges Vorhaben der demokratischen Selbstvergewisserung. Daran könnten sich auch Schulen beteiligen. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit kann jüngeren Menschen auch aufzeigen, dass es nicht selbstverständlich ist, in Freiheit zu leben und demokratische Grundrechte zu genießen."

Der Förderzeitraum erstreckt sich über zwei Jahre: Für 2019 sind eine Million Euro vorgesehen, für 2020 stehen insgesamt 600.000 Euro zur Verfügung.

Anträge können ab dem 1. Februar 2019 bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) gestellt werden. Auf der Homepage https://www.sab.sachsen.de befinden sich die Förderrichtlinie "Revolution und Demokratie", die Auskunft über Förderschwerpunkte, Antragsfristen und Bewilligungsmodalitäten gibt sowie die dazugehörigen Antragsunterlagen. Die Auswahl, welche Projekte gefördert werden, trifft ein Expertenbeirat. Bei inhaltlichen Fragen zum Fördergegenstand helfen Henry Krause (0351 564-1361) und Rico Nakoinz (0351 564-1296) von der Sächsischen Staatskanzlei gern weiter. Von Seiten der SAB steht Frank Fiedler (0351 4910-4242) für Fragen zur Verfügung. *Maximilian Heidrich, M.A.*.

Sachbearbeiter beim Landesbeauftragten

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:

Entscheidend ist nicht Herr Lederer oder Herr Knabe. Entscheidend ist, wer die Aufsicht über das Gedenken bekommt, und dies darf nicht der Nachfolger der Täter-Partei SED werden. Es gibt ein Buch "Opfer ohne Lobby" und dies sind die Opfer – nimmt man die VOS aus – zweifellos! *Hugo Diederich*

Von der Gefahr der politischen Mühlräder und des Vergessens

Das Zeitzeugen-Projekt erfuhr am Bonner Gymnasium trotz anfänglicher Bedenken viel Zuspruch

In der vorigen Ausgabe der Freiheitsglocke brachten wir auf S. 21 einen Kommentar, der die Wirrnisse um eine Zeitzeugen- Veranstaltungen an einem Bonner Gymnasium zum Gegenstand hatte. Betroffen war in erster Linie unser Kamerad Christoph Becke, der die Veranstaltungen initiiert hatte und dem es gemeinsam mit dem Mentor der Uni Bochum gelang, den Lehrkörper von der demokratischen Gesinnung der Verbandsmitglieder zu überzeugen, so dass insgesamt drei Vorträge stattfanden, die zu vollen Erfolgen wurden. Soll heißen: rer_innen und Schüler_innen waren hellauf begeistert und wünsche sich weitere Veranstaltungen.

Um den Sachverhalt inhaltlich zu erklären, hat Christoph Becke den nachstehenden Bericht verfasst, durch den die Wogen nun sicher endgültig geglättet werden.

Als quasi Betroffener halte ich zur besseren Darstellung der geschilderten Situation die folgende Ergänzung für wichtig und notwendig. Die zwischenzeitliche Absage von vier Zeitzeugenveranstaltungen der Bonner Schule erfolgte, wie bereits geschildert aus vorgeschobenen politischen Gründen.

Zunächst hat mich die Absage schwer betroffen gemacht. Zum einen macht es sehr viel Arbeit und Mühe, Schulen für unsere Zeitzeugentätigkeit zu gewinnen. Und wenn dann aus fadenscheinigen politischen Gründen eine Absage erfolgt, ist es für mich als ehemaliger politischer Häftling mehr als deprimierend wahrzunehmen, wie sehr sich inzwischen das politische Klima in Deutschland geändert hat.

Die Absage konnte und wollte ich so nicht akzeptieren und suchte deshalb das Gespräch mit der Schule. Ein Vorwurf war u. a. ein unvollständiges Papier aus der Elternschaft an die Lehrer mit der Aussage, dass die VOS in ihren Reihen ehemalige NSDAP- Mitglieder hat oder hatte oder mit ihnen sympathisiert. Nach meinen Recherchen stellte sich aber heraus, dass das namentlich genannte Mitglied schon jahrelang tot ist und im NKWD-Speziallager Sach-

senhausen interniert war. All das stand nicht in dem Papier, und ich habe dies der Schule mitgeteilt. Auch, dass die Russen nicht nur in Sachsenhausen, sondern in der gesamten SBZ und späteren DDR tausende Unschuldige zusammen mit NSDAP-Mitgliedern unter grausamen Bedingungen in ehemaligen Nazi-KZs nicht nur weggesperrt, sondern auch bewusst vernichtet haben, war nicht bekannt. Dass unter solch tiefster Not in der Haft die seltsamsten Freundschaften entstanden sind, ist nicht verwunderlich. Die ehemaligen Nazi-KZs wurden übrigens bis weit in die 1950-iger Jahre hinein betrieben. Die DDR hat all das tot geschwiegen. Und wenn heutzutage in Deutschland solche Lager unter Stalin, Mao Zedong, Rote Khmer oder Kim Il Yun mit Millionen von Toten nicht auch als KZ bezeichnet werden dürfen, empfinde ich das als klaren Versuch, die Meinungsfreiheit einzuschränken.

Ein weiterer Vorwurf war, dass es in der VOS Mitglieder gäbe, die braunes Gedankengut verherrlichen würden. Das habe ich zurückgewiesen. Dieser Vorwurf ist völlig absurd. Natürlich sind wir aus eigener Erfahrung Gegner von Diktaturen jeglicher Art und somit auch Antikommunisten. Und genau deshalb werden wir von zahlreichen Leuten aus dem linken Lager angegriffen und als "rechtslastig" beschimpft. Für mich ist das schrecklich und indiskutabel.

Die VOS und unser Zeitzeugenprojekt kämpfen daher gegen das Vergessen und Verharmlosen kommunistischer Ideen und die daraus folgenden Gewaltverbrechen. Für uns ist es unerträglich, dass zahlreiche, dialektisch bestens geschulte SED-Täter immer noch ungestraft ihr ideologisches Unwesen treiben dürfen. Sie sitzen heute - wie nach dem Krieg nicht wenige Nazi-Täter - in zahlreichen Ämtern und sind Mitglieder in demokratisch wählbaren Parteien. Und wenn Spitzenfunktionäre der Linken sogar neue Wege zum Kommunismus proklamieren, geht nicht ein einziger Aufschrei durch das Land. Informieren kann man sich dazu unter dem Internet Link http://www.spiegel.de/politik/deuts chland/programmdebatte-linke-chefin-erklaert-kommunismus-zum-ziel-der-partei-a-737780.html.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, bedauerlicherweise ist für Zeitzeugenveranstaltungen das Interesse der Bildungsverantwortlichen an den Schulen und das Medieninteresse an der "braunen Diktatur" deutlich stärker als das an der "roten Diktatur". Unser Zeitzeugenprojekt läuft weiterhin Gefahr, in den politischen Mühlrädern zerrieben zu werden. Wir legen daher in unserem Projekt großen Wert darauf, keinerlei Parteipolitik zu betreiben. Unsere Aufgabe ist es, den Jugendlichen aus unseren persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen zu berichten, was eine Diktatur bedeutet und welche Folgen sie hat.

Natürlich haben wir mit der SED-unterwanderten Partei Die LINKE, insbesondere durch deren Verweigerung einer ehrlichen Aufarbeitung ihrer kommunistischen Diktatur, ein Problem. Aber wir akzeptieren es, dass diese Partei gewählt werden darf. Genauso erwarten wir, dass seitens der Schulen oder sonstigen Projektpartnern keinerlei Vorbedingungen und erst recht keinerlei Vorgaben gemacht werden, in welchen demokratisch wählbaren Parteien unsere Mitglieder der VOS und der Zeitzeugen sein dürfen oder nicht. Das politische Klima in Deutschland wird nur besser, wenn politisch Andersdenkende akzeptiert und ein friedlicher Umgang miteinander bewahrt werden.

Meine Stellungnahme zu den Vorwürfen und auch die beeindruckende Argumentation unseres Mentors Dr. Hoffmann von der RUB wurden von der Schule vollständig akzeptiert. Die vier Veranstaltungen konnten in bester Atmosphäre mit tollen Lehrerinnen/Lehrern und Schülern durchgeführt werden. Und wir hoffen, dass noch recht viele Veranstaltungen nachfolgen werden.

Christoph Becke stellvertretender Projektleiter im Zeitzeugenprojekt NRW

Göhls Beharrlichkeit war wieder der Schlüssel zum Erfolg

Gedenktafel an den Volksaufstand vom Juni 1953 ist in Darmstadt jederzeit zu sehen

Unser Kamerad Ehrhard Göhl. früherer Bundesvorsitzender der VOS, ist und ein bleibt ein Kämpfer. Nachdem er sich zehn Jahre für den Erhalt des berüchtigten Grotewohl-Express und die ebenso berüchtigte Minna (Fahrzeug B 1000 mit engsten Transportkabinen) eingesetzt und diese schließlich für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, ging es ihm in den letzten sechs Jahren um eine Gedenktafel für die Opfer des Volksaufstandes vom Juni 1953. Die Tafel war 2013 am historischen Kollegiengebäude am Darmstädter Luisenplatz im Eingangsbereich des Regierungspräsidiums angebracht worden, wo sie bislang zu wenig Beachtung gefundesgruppe Hessen dafür eingesetzt, dass die Tafel nach außen kommt. Dies wurde damals vom Regierungspräsidenten aus, so hieß es, Gründen des Denkmalsschutzes abgelehnt. Kamerad Göhl hat sich danach an die Landesregierung gewandt, und nunmehr haben seine jahrelangen Bemühungen mit Hilfe von Frau Karin Wolff, Staatsministerin a. D., der dafür ein besonderer Dank gebührt, zum Erfolg geführt.

In einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 8. Januar 2019, einer überregionalen Zeitung also, wurde der Einsatz unseres Kameraden Göhl in den letzten Jahrzehnten für die Aufarbeitung der nern und das Nicht-Vergessen. So würdigte Regierungsvizepräsident Alexander Böhmer den neuen Ort der Gedenktafel als eine Stelle, an der man zu allen Jahreszeiten innehalten und sich informieren könne. Innenminister Peter Beuth von der CDU nannte den Volksaufstand von 1953 als "Schlüsselereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte". In Vergessenheit dürfe dieses wichtige Datum niemals geraten. Die Menschen in der DDR hatten ihr Leben riskiert, um mehr Freiheit und Demokratie zu erreichen und die Diktatur der SED und ihrer sowjetischen Befehlsgeber zu besiegen.

Ehrhard Göhl ließ es sich nicht

ZUM GEDENKEN

AN DIE OPFER DES VOLKSAUFSTANDES

AM 17. JUNI 1953

UND AN ALLE OPFER DES KOMMUNISMUS

IN DEUTSCHLAND.

Für das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, gibt es keinen angemessenen Ausgleich.

Dennoch wurde über die Regierungspräsidien des Landes Hessen den Opfern in vielen Fällen Hilfe und Entschädigung für das erlittene Unrecht gewährt.

> DIE HESSISCHE LANDESREGIERUNG 17. JUNI 2013



den hatte. Dies war ein Erfolg der VOS-Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz, die die Regierung Hessens veranlassen konnte, an den Regierungsgebäuden in Kassel, Gießen und Darmstadt Gedenktafeln für die Opfer des 17. Juni 1953 und des Kommunismus in Deutschland anbringen zu lassen.

In Kassel und Gießen wurden die Tafeln außen an den entsprechenden Gebäuden, für jedermann und zu jeder Zeit zugänglich, befestigt. In Darmstadt brachte man die Tafel innen im Foyer des Gebäudes an, sodass diese lediglich zu den Bürozeiten der Öffentlichkeit zugänglich war. Unser Kamerad Ehrhard Göhl hat sich dann sofort in Abstimmung mit der VOS Lan-

SED-Diktatur wie auch für die vielen Opferschicksale entsprechend gewürdigt.

Die Gedenktafel wurde nun, nachdem Kamerad Göhl sechs Jahre dafür gekämpft hat, am 7. Januar 2019 an der Mauer des Wilhelminenhauses (Gebäude des Regierungspräsidenten) unterhalb eines großen Mosaiks platziert.

Die Neu-Einweihung fand im Rahmen einer kleinen, aber hochkarätig besuchten Feier statt, zu der auch Ehrhard Göhl geladen war. Kamerad Göhl ist nicht nur in VOS-Kreisen eine geschätzte Persönlichkeit, sondern man weiß auch in seiner jetzigen Heimatstadt Darmstadt um seine Verdienste und seinen Einsatz für das Erinnehmen, während der kleinen Feier einige Dankesworte an die anwesenden Politiker zu richten:

Sehr geehrter Herr Innenminister Beuth, sehr geehrter Herr Regierungsvizepräsident Dr. Böhmer, sehr verehrte Frau Staatsministerin a. D. Karin Wolff, als Vertreter der Landesgruppe Hessen der seit 69 Jahren bundesweit organisierten Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. spreche ich hiermit einen besonderen Dank an die Hessische Landesregierung für diese Gedenktafel aus.

→ Seite 11 oben

Foto: Ehrhard Göhl mit Frau Wolff, Herrn Dr. Böhmer und Herrn Beuth (von links) Das Besondere ist, dass diese Gedenktafel nun, nach den Gebäuden beim Regierungspräsidenten in Kassel und Gießen, auch beim Regierungspräsidenten in Darmstadt für die Öffentlichkeit und zum öffentlichen Gedenken zugängig ist. Einen besonderer Dank sprechen wir als Opfer des Kommunismus, welche zu tausenden Ihr Leben nach 1945 für die Freiheit und Einheit Deutschlands geopfert haben, Ihnen, Frau Staatsministerin a. D. Karin Wolff aus. Ohne Ihre Hilfe wäre diese Gedenktafel heute hier nicht der Öffentlichkeit zugänglich geworden.

Dass Ehrhard Göhl in der Tat eine außerordentliche Genugtuung für den Erfolg seiner Initiative empfindet, ist einem Brief an die Staatsministerin a. D. Karin Wolff zu entnehmen. Ihr teilte Kamerad Göhl per Email mit: Auf diesem Wege bedanke ich mich nochmals ganz herzlichst für die gelungene Veranstaltung am 7. Januar 2019 mit der Enthüllung der Gedenktafel. Die wirklich guten Pressemeldungen in der Frankfurter Rundschau sowie im Darmstädter Echo werden Ihnen sicher vorliegen. Die Wirkung ist einfach erstaunlich. Kranz mit Blumen und Schleifen sowie Gedenktafel waren auch noch am Donnerstag völlig unbeschädigt sichtbar. Viele Leute blieben immer noch stehen, um alles zu lesen. Es ist einfach der richtige Platz, um die Öffentlichkeit zu informieren, und es wird auch angenommen.

Von großer Wertschätzung zeugen auch die Aufschriften der beiden Gebinde bzw. Kranzschleifen, die mit schwarzrotgoldenen Schleifen geschmückt worden sind. Zu lesen war zum einen: Zum Gedenken an die Opfer des 17.Juni 1953 und die Opfer des Kommunismus in Deutschland. Zum anderen: Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e. V.) Landesgruppe Hessen.

Anlässlich der Verlegung der Gedenktafel hat das Regierungspräsidium zudem eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in das Foyer des Hauptgebäudes am Luisenplatz in Darmstadt geholt, welche im Anschluss an die Feier besichtigt wurde. Kamerad Göhl, in Darmstadt wohnend, hat sich seit vielen Jahren für das Gedenken an die Opfer der SBZ/DDR Diktatur in seiner Heimatstadt eingesetzt. Als vor Jahren der Bahnhofsvorplatz in Darmstadt renoviert wurde verschwand das Denkmal für die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni, welches dort seit Jahrzehnten stand. Erst nach einer längeren, keineswegs unkomplizierten Suchaktion gelang es ihm, das Denkmal aufzufinden. Er ließ es reparieren, und es wurde wieder an der ehemaligen Stelle auf dem Bahnhofsvorplatz des Darmstädter Bahnhofs aufgestellt.

In der letzten Freiheitsglocke rief uns unser Redakteur Kam. Alexander Richter in seinem Artikel "Auf ein Wort zum Jahresende" zu: " ... versteckt euch nicht! ... Seid offensiv!"

Obwohl wir hier in unseren westlichen Bundesländern bei Parteien und Behörden häufiger auf Desinteresse und sogar Ablehnung stoßen, ist es uns doch in den letzten Jahrzehnten gelungen, uns als Opfer des Stalinismus immer wieder in Erinnerung zu bringen.

Arno Selten, Landesgr. Hessen/Rheinland-Pfalz/Fg

Wir waren und sind noch immer die treuesten Anhänger unserer Bundesrepublik

Verehrte Kameradinnen und Kameraden, seit vielen Jahren lesen wir von Ihren Bemühungen, die Opferrente für uns Betroffene zu verbessern. Hierzu muss ich wieder lesen, dass physische und psychische Schäden bei ehemaligen politischen Häftlingen festgestellt werden müssen, um Entschädigungen zu erwirken. Wir sind im 30. Jahr nach der friedlichen Revolution. Viele Opfer leben nicht mehr, sind zu alt, sind krank oder haben die Hoffnung aufgegeben.

Fehlen bei den Damen und Herren in unserer Regierung heute immer noch Kenntnisse über das "Leben" in der ehemaligen politischen Stasi-Haft? Ich selbst habe mich 1984 massiv gegen das Ansinnen der Stasi gewehrt, für dieses Organ in der Bundesrepublik als "Kundschafter" tätig zu werden. Meine energische Absage hatte für mich, meine Frau und meinen Sohn Enrico (damals 22 Jahre) eine sippenhaftartige Stasi-Haft zur Folge. Mein Sohn ist inzwischen Mitte fünfzig und hat bis heute nicht einen Cent Opferrente erhalten, weil er wie wir alle mit der Arbeitsaufnahme nach der Haft begonnen hat und somit nicht würdig ist, diese Opferrente vom Bremer Amt zu erhalten. Meine Frau ist 2015 gestorben, sie hat bis zuletzt unter den seelischen und körperlichen Foltermethoden in Hoheneck gelitten. Wir haben Ende der 1980er Jahre bei einer medizinischen Kommission in Köln vorgesprochen. Man sagte uns dort, dass wir letztlich selbst schuld an unserem Schicksal seien. Dasselbe bekam meine Frau 2008 in der Jaspers Klinik Bad Zwischenahn zu hören.

Was will unsere Regierung den Betroffenen nach so langer Zeit noch zumuten? Alle, die in der Stasi-Haft waren, haben Schäden davongetragen. Ist es nicht bekannt, dass wir in der Haft auch geschlagen wurden und Schlafentzug, zwölf Stunden Arbeit bei schwersten Bedingungen ertragen mussten?

Es ist eine Schande für die Verantwortlichen, dass wir uns nach so langer Zeit noch rechtfertigen müssen. In allen Stasi-Haftanstalten, voran Hoheneck, herrschten schreckliche Haftbedingungen. In Cottbus musste ich nach zwölf Stunden Arbeit in einem Kellergewölbe Kohlen schippen, Kartoffeln schälen und Ähnliches. Natürlich nahmen wir uns mal eine Möhre oder Zwiebel heimlich mit auf die Zelle, um den Speiseplan zu ergänzen. Aber die Schließer machten Taschenkontrollen, was die Wegnahme und ein heftiges Anbrüllen oder Schläge mit dem Gummiknüppel zur Folge hatte. Wenn ich bei meinen vielfältigen Zeitzeugen-Vorträgen vor Schulklassen der Jahrgänge 10/11 spreche, muss ich oft brutale Situationen weglassen, um die jungen Menschen nicht mit Seelenschmerzen zu belasten. Wenn wir, die ehemaligen politischen Häftlinge der Staatssicherheit, uns heute immer noch erklären müssen, dann ist das für unsere Regierung sehr beschämend.

Wir waren und sind noch immer die treuesten Anhänger unserer Bundesrepublik.

Ihnen allen gute Wümsche Dipl.-Ing. Reinhold Schwartz



Nicht in allen Fragen wurde eine Übereinstimmung erzielt

VOS-Mitglieder aus NRW diskutieren im Landtag mit CDU-Abgeordneten Marco Schmitz

17 anwesende Mitglieder der VOS aus den Bezirksgruppen Rhein-Ruhr und Bonn diskutierten am Nachmittag des 12. Oktober 2018 im Fraktionsraum des NRW-Landtages mit dem Abgeordneten des Landtages M. Schmitz (CDU) aktuelle, speziell innenpolitische Fragen, um hierzu die Haltung der CDU zu erfahren.

Zusammenfassend ist im Ergebnis des Treffens festzuhalten, dass sich eine Konsensfindung über die Ursachen der Stimmenverluste der CDU bei den Wahlen bzw. den Prognosen zukünftiger Wahlen insbesondere nach Eintritt der Massenimmigration seit September 2015 unter den Gesprächsteilnehmern als schwierig darstellte. Wohl wissend, dass die Landespolitik in hohem Masse von der Bundespolitik beeinflusst wird, muss eine funktionierende Demokratie jedoch konträre Meinungen aushalten und sich dennoch behaupten. Die VOS-Mitglieder nahmen die Gelegenheit wahr, einem Landespolitiker eigene Anliegen vorzutragen:

- Zunehmend mangelnde gesellschaftliche Anerkennungen der Opfer des SED-Regimes, wie bspw. Wegfall des 17. Juni als Feiertag, respektloser Missbrauch des Nationalfeiertages 3. Oktober durch die DITIB als Tag der offenen Moscheen.
- Deutlich niedrigere Opferrente (300 €) im Vergleich zu den Opfern des Nationalsozialismus ohne jeglichen Inflationsausgleich (im Gegensatz zu den Abgeordneten des Deutschen Bundestages).
- Ausstehende Lösung beim sog. Fremdrentenbetrug gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern, die vor dem Fall der Mauer in die Bundesrepublik Deutschland gelangt sind. Eine ent-

- sprechende Petition der SED- Opferorganisationen (e-Petition 81823) liegt dem Petitionsausschuss (Leiter MdB Wendt (CDU)) zur Weitergabe und Klärung an/ durch den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestag vor. Angesichts des hohen Alters der geschädigten Anspruchsberechtigten ist Hohe Eile geboten!
- Mangelnder Protest gegen die durch die KP Chinas inszenierte Errichtung eines Karl-Marx-Monuments in Trier und die Benennung eines ICE-Zuges mit dem Namen Karl Marx durch den DB-Vorstand.
- In eigener Sache: Die VOS plant künftig eine Gedenkveranstaltung zum 17. Juni am Berliner-Mauer-Segment vor dem NRW-Landtag und bittet die CDU-Fraktion um Unterstützung für dieses Anliegen, bei Genehmigung durch den OB Geisel auch um Teilnahme.

Die VOS dankt dem CDU-Abgeordneten Herrn Marco Schmitz für sein Engagement und die freundliche Aufnahme im Landtag NRW. Felix Heinz Holtschke

Ab 2019 mehr Besuche von Gedenkorten?

Gute Nachrichten aus dem Bundesland Brandenburg, wo die Landesregierung in ihrem Weihnachtsrundbrief mitteilt, dass die Schulen ab sofort für zwei Schuljahre die Gedenkort-Besuche für das Bildungsministerium zu erfassen haben. Die Lernortbesuche sind seit 2018 laut Lehrplan für die Klassen 7-10 verbindlich. Sollten sich diese Besuche durchsetzen, wären sie beispielhaft für alle Bundesländer.

M. Kruczek / Forum zur Aufarbeitung

Das ist wichtig: Unterstützung wurde in fast allen Fragen zugesagt

Landesverband NRW im Gespräch mit dem Landesbeauftragten für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, Herrn Heiko Hendriks in Düsseldorf

Am 4. Dezember 2018 fand ein erstes Treffen zwischen dem Beauftragten der NRW- Landesregierung für die Belange von deutseine schon sehr früh erkennbare Sympathie für Widerstandsbewegung im kommunistischen Osten heraus, die für ihn unter der ausge-



schen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks (kleines Foto) und der VOS, vertreten durch den NRW-Landesvorsitzenden Heinz Holtschke und den Vorsitzenden der Bezirksgruppe Rhein-Ruhr Detlef von Dechend auf dem(Foto links) statt. Das Treffen war durch die VOS-NRW initiiert worden und fand im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW in Düsseldorf statt. Die nach dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen von der Landesregierung neu geschaffene Beauftragten-Stelle soll sich auch um die Belange von politischen Häftlingen und Flüchtlingen aus der ehemaligen DDR kümmern, die im Bundesland Nordrhein-Westfalen ansässig geworden sind.

Dass ein starkes Interesse an solchen Ansprechpartnern mit der jeweiligen Landesregierung besteht, zeigte sich darin, dass auch schon die UOKG bei Herrn Hendriks vorstellig gewesen ist. Aus unserer Sicht ging es in diesem ersten Informationsgespräch darum, auszuloten, inwieweit die VOS bei ihren politischen Zielen auf eine Unterstützung der Landesregierung hoffen darf. In einer allgemeinen Vorstellungsrunde, bei der beide Seiten ihren persönlichen Werdegang offenlegten, stellte Herr Hendriks

sprochen linken Studentenbewegung des Westens persönlich durchaus von Nachteil war.

Daran anschließend erläuterte Herr Hendriks seinen Aufgabenbereich, der ausdrücklich auch die soziale und politische Unterstützung der SED-Opferorganisationen einschließen soll.

Wir wiederum warben in diesem Gespräch um unsere grundsätzlichen und aktuellen Anliegen, nämlich das Nichtvergessens unseres Kampfes gegen die Unterdrückung in der Zweiten deutschen Diktatur. Wir schilderten unsere aktuellen Aktivitäten im NRW- Zeitzeugenprojekt in Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum, unserem Kampf gegen den Fremdrentenbetrug sowie für eine Erhöhung sowie Dynamisierung der Opferrente.

Herr Hendriks sagte uns weitgehende Unterstützung im Rahmen seiner Möglichkeiten bei unseren Aktivitäten und Vorhaben zur Verbesserung der Lebensumstände der ehemals Verfolgten des SED-Regimes zu. Hierzu unterbreitete er den Vorschlag, einen gemeinsamen Runden Tisch mit den interessierten SED-Opferverbänden hier in NRW einzuberufen, an dem alle anstehenden Fragen und bislang ungelösten Probleme offen diskutiert werden sollen.

Diese Idee fand unsere uneingeschränkte Zustimmung. Auch seine Bereitschaft, koordinierend tätig werden zu wollen zwischen der

NRW-Landesregierung, dem Landtag und den Opferverbänden bei der notwendigen Intensivierung von Gedenkveranstaltungen, wie z. B. dem 17. Juni sowie dem bevorstehenden 30. Jahrestages des Mauerfalls am 9. November 2019, wurden von uns ausdrücklich begrüßt.

Wir waren uns darüber einig, dass das angedachte gemeinsame Gespräch am Runden Tisch möglichst bald im Jahr 2019 stattfinden

sollte, um noch zu eventuellen konkreten Vereinbarungen hinsichtlich des 17. Juni und des 9. November 2019 zu kommen. Dabei obliegt die Initiative dazu bei dem Landesbeauftragten Herrn Hendriks.



Abschließend bedankten wir uns im Namen der VOS für das konstruktive Gespräch, mit der Erwartung einer zukünftig guten und intensiven Zusammenarbeit mit der NRW-Landesregierung.

Felix Heinz Holtschke, Detlef von Dechend

Nachsatz: Die Freiheitsglocke dankt Herrn Heiko Hendriks ebenfalls für das Gespräch und wird über weitere Einladungen und Aktivitäten berichten.

Initiator und VOS-Aktivist

Glückwünsche an Detlef von Dechend zum 75.

Die VOS gratuliert ganz herzlich unserem Kameraden Detlef von Dechend, der im Januar seinen 75. Geburtstag erleben durfte. Kamerad von Dechend hat ein bewegtes Leben hinter sich und möchte es in der nächsten Zeit etwas ruhiger angehen lassen. Immerhin ist das, was er insonderheit in den letzten zehn

ist das, was er insonderheit in den letzten zehn Jahren geleistet hat, von großer Bedeutung und hat bei den Kameradinnen und Kameraden in NRW Wirkung hinterlassen. Gemeinsam mit Herbert Kühn, ebenfalls kein Unbekannter in der VOS, rief er ein Zeitzeugen-Projekt für das Bundesland NRW ins Leben, das von der Uni Bochum und der Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts durchgehend unterstützt wurde. Somit kamen etwa zwanzig Zeitzeugen in NRW und auch außerhalb der Landesgrenzen (z. B. Niedersachsen, Hessen) zum Einsatz. Großveranstaltungen wie in Bielefeld, Hamm oder Düsseldorf sorgten für die rege Teilnahme der Jugendlichen an den Schulen.

Detlef von Dechend hat damit etwas ins Leben gerufen, das eigenständig und vorerst noch einmalig ist, das aber für die Übernahme durch andere Landesverbände der VOS durchaus geeignet scheint. Er hat zugleich den Betroffenen, die in den vielen Veranstaltungen an den Schulen über ihre Schicksale berichte-

ten und Fragen beantworteten, geholfen, die eigenen Erlebnisse aufzuarbeiten. Mittlerweile sind mehrere der Zeitzeugen verstor-



ben, etwa Ellen Thiemann oder Dieter Garstka. Das Projekt, dessen Leitung Kamerad von Dechend abgegeben hat, läuft jedoch weiter. Die Uni Bochum hat die Bereitschaft zur weiteren Unterstützung bekanntgegeben, und von Seiten der Stiftung wurden nochmals Mittel zur Weiterführung genehmigt.

Kamerad von Dechend war mehrere Jahre Vorsitzender der VOS-Landesgruppe in NRW, und er ist aktuell auf Bundesebene als Rechnungsprüfer aktiv. Die Mitglieder seiner Zeitzeugen-Gruppe gratulieren herzlich zum "runden" Geburtstag, ebenso der Bundesvorstand der VOS nebst Geschäftsführer und Redakteur. Mit den Wünschen für Gesundheit, ein angenehmes Privatleben und weitere Aktivitäten verbinden sich Dank und Anerkennung für das Geleistete. ARK

Der Mann, der die Fäden zieht

Runder Geburtstag für Hugo Diederich

Zu seinem 65. Geburtstag, im Januar dieses Jahres, gratulieren wir herzlich unserem Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich. Im Verband dürfte es nicht viele Kameradinnen und Kameraden geben, die Hugo nicht kennen, zumal er seit mehr als anderthalb Jahrzehnten neben der Tätigkeit in der Bundesgeschäftsstelle

auch mehrfach in den Vorstand gewählt wurde. Hugo Diederich lenkt und leitet die Geschicke der VOS, er ist Ansprechpartner in geschäftlichen wie auch in manchen privaten Angelegenheiten. Oft genug ist er zu den Ver-

sammlungen der VOS- Bezirksgruppen in den Bundesländern unterwegs und informiert die Mitglieder über aktuelle Fragen. Er stellt die Verbindung zwischen Vorstand und Basis her und steuert nicht zuletzt auch Beiträge zur Freiheitsglocke bei. Zudem hält er den Kontakt zu wichtigen Politikern, bis hin zum Bundespräsidenten und zu den Behörden. Da die VOS noch ihre Bundesgeschäftsstelle in Berlin unterhält, vertritt er die VOS auch oft genug in der UOKG, bei den Stiftungen und den Landesbeauftragten der Bundesländer. Für viele ist er aus dem Amt nicht wegzudenken, und man muss sich fragen, was ohne ihn werden sollte. Nächste wesentliche Aufgabe wird die Vorbereitung der Generalversammlung in gut einem Jahr



sein. Wieder einmal werden dann Entscheidungen von beachtlicher Tragweite zu treffen sein. wird So es um die Frage gehen, ob die VOS ihre Mitgliedschaft in

der UOKG bestehen lässt und was nach dem Auszug aus den Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle werden soll. Wird die VOS abermals ein Büro anmieten oder wäre die Bewältigung der Geschäftstätigkeit in Form von Home office denkbar? Letzteres bedeutet, dass der Bundesgeschäftsführer die Tätigkeit von seiner Wohnung aus erledigt. Die Freiheitsglocke jedenfalls entsteht vom Hausbüro des Redakteurs.

Mit dem jetzt erreichten Alter hat Kamerad Diederich die Möglichkeit, seinen Posten in der Geschäftsstelle abzugeben und ein gemäßigtes Rentnerdasein zu führen. Vermutlich wird er das nicht tun, denn der Verband ist ihm wichtig, und er selbst weiß um seine gegenwärtige Unentbehrlichkeit. Die VOS wird demnach seine Dienste weiter in Anspruch nehmen. *T.H.*

Heißt es nun bald: "Von China lernen, heißt siegen lernen!"

Auch wenn das "Marx-Jahr" 2018 vorüber ist, bleibt der "geniale" Kritiker des Kapitalismus im Gespräch

Etwa ein Jahr nach dem lang erwarteten Erscheinen seiner zeitweilig auch als "Saubuch" verfluchten Kritik der politischen Ökonomie Das Kapital schreibt Karl Marx am 11. Juli 1868 einen bemerkenswerten Brief aus London an seinen Freund Ludwig Kugelmann in Deutschland. Unter den rund 800 Wörtern des Briefes sind zwei Sätze besonders aufschlussreich: "Der Witz der bürgerlichen Gesellschaft besteht ja eben gerade darin, daß a priori keine bewußte gesellschaftliche Reglung der Produktion stattfindet. Das Vernünftige und Naturnotwendige setzt sich nur als blindwirkender Durchschnitt durch."

Ja, sollte man sich danach fragen, warum dann die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft ohne Rücksicht auf menschliches Leben, wenn sich in ihr das Vernünftige und Naturnotwendige sogar nur mittels blindwirkendem Durchschnitt durchsetzt?

Und weiter gefragt: Wozu dann eine kommunistische Planwirtschaft, in der der vernünftig und blind wirkende Durchschnitt zwangsläufig nicht mehr "naturnotwendig" wirken kann? Auch ist diese Marxsche "Erkenntnis" nicht neu, denn schon fast 100 Jahre vor ihm hat der schottische Nationalökonom Adam Smith in seiner Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Wohlstands der Nationen geschrieben: "... der Einzelne strebt nach höchstem Ertragswert und eignem Gewinn ... Und wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. ... Ja, gerade dadurch, dass er das eigene Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun."

Worin besteht denn dann, wenn überhaupt, der Unterschied zwischen der "unsichtbarer Hand" des A. Smith und dem "blindwirkenden Durchschnitt" des Karl Marx?

Am Ende ist Karl Marx hier ein Stück näher an das gesuchte Naturgesetz heran gerückt, weil er das Wirken eines Durchschnitts, der nur das Vernünftige und Naturnotwendige ergibt, in die arbeitsteilige Wirtschaft einbezieht. Nur übersieht er vielleicht sogar wissentlich, dass es nicht der arithmetischen, sondern der geometrische Durchschnitt ist, der diesen "Witz" verursacht?

Hätte er seine langjährige Analyse des Kapitalismus unter Verwendung des geometrischen Durchschnitts vorgenommen, wäre seine Kritik der politischen Ökonomie realistischer ausgefallen. Marx wäre dann zwar nicht der erste Deutsche gewesen, der das geometrische Mittel als Grundlage eines gerechten und optimalen Austausches erkannt hätte, denn auf dem kleinen Belitzer Friedhof in Mecklenburg-Vorpommern liegt das Grab des leider zu früh verstorbenen Agrar- und Wirtschaftswissenschaftlers Johann Heinrich von Thünen (1783-1850). Mit seiner in Stein gemeißelten Formel des natürlichen und gerechten Arbeitslohnes "A", dem geometrischen Durchschnitt aus Grundbedarf des Arbeiters "a" und dem Wert seines Erzeugnisses "p" also A = Wurzel aus a*p.

Leider waren seine Untersuchungen schwer verständlich. Thünens eindringliche Warnungen vor den irreführenden Lehren der Kommunisten sind vielleicht auch deshalb nicht gebührend ernst genommen worden. Seine Befürchtungen, über die verheerenden Folgen kommunistischer Machtausübung haben sich leider bestätigt. Mittlerweile, nach millionenfach Menschen vernichtenden Irrwegen, haben sich China's Kommunisten der Marx'schen Lehren entledigt und "entsorgen" vielleicht sogar listigerweise überflüssige Denkmäler von Marx auch nach Deutschland. So könnte paradoxerweise eine alte Losung neu als "Von China lernen, heißt siegen lernen!" Wirklichkeit werden. Gerd-Peter Leube

Einige Täter konnten das nicht verkraften

SED-Unrecht und die Wiedergutmachung sind aktuell

Wieder mal nahm unser Kamerad Peter Heubach an einer Veranstaltung zum Thema SED-Unrecht teil. In einem kurzen Rückblick unterbreitet er zur Verbesserung der Situation der SED-Opfer folgenden Vorschlag: Ein guter Anlass für eine Verbesserung wären der 30. Jahrestag der Grenzöffnung 2019 und der 30. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 2020. Ich stelle mir dabei folgende Verbesserungen vor:

- Opferrente nicht ab dem sechsten Monat der Inhaftierung, sondern vom ersten Tag der Inhaftierung an - vereinfachte Anträge bei haftbedingter Gesundheitsschädigung nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, mit Anerkennung auf der Altersrente in der gesetzlichen Rentenversicherung - bessere Gleichstellung von Be-

- bessere Gleichstellung von Betroffenen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

Nach meiner Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung am 19. November 1998 durch den Freistaat Thüringen stellte ich am Versorgungsamt Suhl den Antrag auf Anerkennung gesundheitlicher Schädigung. Ich musste mich bei einem Arzt, der im Auftrag des Versorgungsamts Suhl tätig war, vorstellen. Wenige Wochen später bekam ich einen ablehnenden Bescheid. Vor meinen Umzug in Jahre 2000 nach Rostock, bekam ich nach der Sendung des MDR Ein Fall für Escher am 1. Oktober 1998 mit den Thema "SED-UNRECHT-OPFER

FINDEN KEINE RUHE", in mei-

ner Heimatstadt Sonneberg ständig

Drohanrufe.

Peter Escher stellte in dieser Sendung neben meinem Schicksal noch zwei weitere SED- Unrechtsfälle vor. Hier wurde das Unrecht, das ich durch das MfS erlitten habe, durch eine Zuschaltung ergänzt. Das haben einige Täter von damals wahrscheinlich nicht verkraftet. Ich erfuhr übrigens erst nach meinem Umzug nach Rostock, dass es eine VOS gibt. Die Mitgliedschaft ist mir sehr wichtig.

Euer Peter Heubach

Nichts als politischer Aberglaube

Zum Tode der Rosa-Luxemburg-Forscherin und Liebknecht- Biografin Annelies Laschitza

Am 10. Dezember 2018 verstarb in Ostberlin die Rosa-Luxemburg-Biografin und Mitherausgeberin der fünfbändigen Werkausgabe Annelies Laschitza (1934 bis 2018). Geboren am 6. Februar 1934 in Leipzig, legte sie 1954 an der "Arbeiter- und Bauernfakultät" das Abitur ab und studierte 1954/58 Geschichte an der Karl-Marx-Universität. Von 1960 bis 1990 war sie Mitarbeiterin der Abteilung "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" im "Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED", wo sie seit 1971 als Geschichtsprofessorin arbeitete. Ihre Rosa- Luxemburg-Biografie erschien 1996 unter dem Titel "Im Lebensrausch, trotz alledem". Über Karl Liebknecht (1871-1919), den Mitkämpfer von Rosa Luxemburg (1871-1919) veröffentlichte sie 2007 das Buch "Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie".

Zu Ehren beider Kommunisten, die am 15. Januar 1919 in Berlin umgebracht worden waren, veranstalteten die DDR-Kommunisten seit dem 13. Januar 1946 jedes Jahr die "Liebknecht-Luxemburg- Demonstration" zur "Gedenkstätte der Sozialisten" auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde. Doch trotz aller Wertschätzung ihrer Schriften, die als "Gesammelte Werke" in fünf Bänden 1970/75 im Ostberliner Dietz-Verlag erschienen, blieb ihre leninkritische Schrift "Zur russischen Revolution" (1922) drei Jahrzehnte lang ungedruckt. Der Grund dafür war ihre scharfe Kritik am russischen Revolutionsführer Lenin (1970 bis 1924). Erst im vierten Band der Werke ist diese Schrift dann gedruckt worden, ohne dass der kommunistische Himmel eingestürzt wäre.

Ich erinnere mich an eine Szene im Sommer 1964 im Kultursaal des Zuchthauses Waldheim, wo ein SED-Funktionär, um unsere "Umerziehung" zu befördern, über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gesprochen hatte. In der Diskussion danach meldete sich unser Leipziger Mithäftling Walter Stricker und fragte, warum die Schrift Rosa Luxemburgs über die russische Revolution in der DDR verboten wäre. Noch ehe der Referent antworten konnte, ging der "Kulturhauptmann" der "Volkspolizei" ans Podium und schrie mit erregter Stimme, diese Schrift wäre eben unwissenschaftlich und von Lenin widerlegt. Dass der ganze Marxismus-Leninismus unwissenschaftlich ist und nichts als politischer Aberglaube, das wagte damals keiner von uns zu sagen!

Jörg Bernhard Bilke

Die Arbeiter- und Bauernfakultät Begriffserklärung

Wer erinnert sich noch? Die ABF, Arbeiter- und Bauernfakultät, wurde im Gründungsjahr der DDR ins Leben gerufen. Nach dem Motto "hier schafft's jeder, wenn er nur linientreu ist", quälten sich Parteikader zum Abitur, um später in der erwarteten ideologischen Ergebenheit ihrem SED-Staat zu dienen. Im Volksmund wurde die ABI, die offiziell einen hohen Rang einnahm, als *Knüppelakademie* bezeichnet. Ihr wohl prominentester Absolvent war der Staatsschriftsteller Hermann Kant ("Die Aula"). *Tom Haltern*

Dem Leiden und der Aufklärung bis zuletzt verpflichtet gewesen

Zum Tode unseres verdienten Mitstreiters und Weltbürgers Werner Juretzko



Noch im alten Jahr erreichte uns die Nachricht vom Tod unseres Kameraden Werner Juretzko, der in den Vereinigten Staaten in Illinois lebte und von dort immer wieder Signale, Berichte und Fotos von seinen unermüdlichen Einsätzen jenseits des Ozeans schickte. Mehrfach nahm

sich die Freiheitsglocke mit Dankbarkeit seiner Meldungen an, waren sie doch wichtige Beiträge, mit denen die Gefahr linker Expansion verdeutlicht wurde. Kamerad Juretzko hatte beizeiten erkannt, dass – nicht zuletzt in der Ära Obama - die Gefahr des Kommunismus in den USA ähnlich wie bei uns unterschätzt wurde. Der Terrorismus aus dem islamistischen Lager hatte in Juretzkos neuer Heimat jene des verkappten Stalinismus harmlos erscheinen lassen. Ein Kalter Krieg zwischen dem demokratischen Block und den Unrechtsregimen war seit dem 11. September 2001 neu gepolt worden. Ein Zustand, mit dem sich Kamerad Juretzko nicht hatte abfinden können und wollen. Nachdem er seine langjährige Tätigkeit als selbständiger Unternehmer aufgegeben hatte und in den Ruhestand gewechselt war, widmete er sich mit großer Intensität dem Auf- und Ausbau des Cold war museums, das durch Exponate, Tafeln und aktuell politische Statements Vergangenes und Gegenwärtiges für die Öffentlichkeit dokumentierte. Das Internet war (und ist weiterhin) angefüllt mit Juretzkos Bildberichten und Kommentaren. Egal, dass vieles in englischer Sprache geschrieben stand, konnte man doch immer erkennen, um was es ging: Um Aufarbeitung, um aktuell politische Analysen.

Unerschütterlich thematisierte Werner Juretzko auch seine Herkunft, über die in Deutschland kaum noch gesprochen wurde. Oberschlesien, wo er 1932 geboren wurde und wo er sein Herz gelassen hatte, mochte er auch räumlich weit entfernt von dieser Heimat gewesen sein. Für ihn verbanden sich Stalinismus, Kommunismus, Teilung Deutschlands und Vertreibung immer wieder miteinander. Nicht zuletzt waren die persönlichen bösen Erfahrungen, die er als Halbwüchsiger noch im Zweiten Weltkrieg mit den Sowjets gemacht hatte, der Grund für seinen Kampf gegen das kommunistische Regime. Als Agent des westlichen Geheimdienstes ging er Mitte der 1950er Jahre nach Ost-Berlin, wo ihn die Stasi festnahm. Er wurde zu 13 Jahren Haft verurteilt und verbrachte einen großen Teil der Strafe in Berlin- Hohenschönhausen. Weitere Haftanstalten waren Halle und Brandenburg. 1961 kam er vorzeitig frei und siedelte in die USA über, wo er in Chicago ein Technikstudium absolvierte und anschließend eine tadellose berufliche Karriere hinlegte. Er füllte mehrere hohe Ehrenämter aus und gehörte den Organisationen deutschstämmiger US-→ Seite 17 oben Bürger an.

In dieser Zeit entstanden zahlreiche Veröffentlichungen mit politischen Themen, in denen er sein eigenes Schicksal verarbeitete und unauslöschliche Gedenkschriften für seine zu Tode gekommenen Haftkameraden verfasste. Fast legendär sind seine Beschreibungen der politisch prägenden Ereignisse zu Zeiten der Teilung. Sei es der Bau der Mauer, die Beschaffenheit der Grenzanlagen oder das höchst aggressive Kriegspotenzial der Sowjets. Niemals hat er geschwiegen, niemals hat er sich die Wahrheit verbissen. Die Arbeit am Cold war museum ist Ausdruck seines Engagements und seiner demokratischen Gesinnung. Er begrüßte hier Politiker, Militärs und Journalisten – und empfing allseits Lob und hohe Wertschätzung.



Dass er von uns gegangen ist, macht uns traurig. Wir spüren, dass uns seine Stimme fehlt. Es hat uns alle irgendwie geholfen, dass es auch im fernen Amerika jemanden gab, der aus eigenem Erleben vom Unrecht des Stalinismus berichtete, der die Menschen dort überzeugte, der an vorderster Front tätig war, von dem man wusste, dass seine Erfahrungen authentisch und lehrreich sind. Er war in jungen Jahren den Weg gegangen, den viele von uns auch gegangen sind, und er hat das Leiden und seine Kameraden nicht vergessen.

Und doch, jedes Leben ist endlich, gerade wir in der VOS erfahren das immer wieder. Dennoch hinterlassen wir als Verband wie auch jeder einzeln eine unauslöschliche Spur. Dass unser Wirken, auch das von Werner Juretzko, nicht umsonst war, haben der Fall der Mauer vor dreißig Jahren und der anschließende Untergang des Stalinismus in Europa bewiesen.

Was Werner Juretzkos vielfältiges Schaffen bewirkt hat, zeigen seine Einträge im Internet, die weiterhin abrufbar sind, wenn man das Stichwort "Cold war museum" oder den Namen des Gründers in die Suchmaschine eingibt.

Tom Haltern

Foto (© Internet): Werner Juretzko 2007 bei einem Deutschland-Besuch in Berlin am ME-Denkmal. Sein Kommentar: "In seinen Armen (*Marx – d. Red.*) fühlte ich mich wohl." Gern hätte er das Denkmal mitgenommen und in den USA in seinem Garten aufgestellt.

Das bedeutet erneutes Unrecht

Was in den DDR-Haftpsychiatrien vor sich ging, wird weiter unter den Teppich gekehrt

Lange konnte ich mich nicht äußern. Rehabilitierung, Beruf und ein Buch schreiben – alles so nebenbei. Gerade von den Opfern der DDR-Haftpsychiatrie sind nur wenige in der Lage über ihre Behandlungen oder, ich sage es deutlich, Folter zu reden. Zersetzung ist bekannt, aber den Opfern, die sie erfahren mussten, werden bei der Reha absichtlich nicht als Zersetzungsopfer behandelt. Während andere Gruppen ein DDR-Gerichtsurteil vorweisen, haben Zersetzungsopfer der DDR-Haftpsychiatrie nicht einmal eine von der DDR ausgestellte Einweisung vorzuweisen. Seit vielen Jahren bin ich als Vorreiter in Sachen politischer Missbrauch der DDR Psychiatrie in Deutschland unterwegs. Meine gestellten Petitionen in alle Richtungen von Deutschland wurden nie bearbeitet.

Eine Stiftung wurde ins Leben gerufen. Aber nur für Jugendliche bis 18 Jahre. Durch diese zeitliche Begrenzung fallen alle Opfer die "zersetzt " wurden und in den DDR-Psychiatrien gefoltert wurden und demzufolge nicht über ihre politische Inhaftierung reden können, unten durch. Das bedeutet erneutes Unrecht.

Bei den Geschädigten der DDR-Haftpsychiatrie wird bis zum heutigen Tag die Vergangenheit und die "Behandlung" mit Elektroschock, Fixierung unter dem Netzbett, unbekannte Psychopharmaka, tägliche körperliche Gewalt ausgeblendet. Es werden keine Spätfolgen genannt. Damalige DDR Diagnosen wie Schizophrenie wurden ausgetauscht und durch neue ersetzt. Kein Wort von illegaler Zwangseinweisung, kein Wort von Schäden die durch Psychopharmaka aus gelöst wurden. Anderen Opfer-Gruppen ist es gelungen, dass wenigstens die Verantwortlichen für die

Aufarbeitung der DDR- Vergangenheit über ihre Schicksale reden.

Mit meiner Biografie "Mundtot" habe ich erreicht, dass wenigstens ein kleiner Teil in Ost und West mit der Thematik Zersetzung aus politischen Gründen, aufgeklärt ist.

MUNDT T?
Stasi-Opfer der DDR-Haftpsychiatrie klagt an

Ich kann mir

sehr gut vorstellen, dass auch innerhalb der VOS eine größere Gruppe von Personen existiert die meine Beschreibung von der "Behandlung" in den Haftpsychiatrie der Ex- DDR nach lesen möchten.

Lothar Tiedtke von Koß

Hinweis: Das Buch "Mundtot" hat unter den Kunden von Amazon-Nutzern ein durchweg positives Echo hervorgerufen (siebenmal die volle Punktzahl). Ein anderthalbstündiges Video zur Lesung des Autors aus seinem Buch findet sich im Internet bei You tube. Empfehlenswert, weil: Sehr berührend.

Δ	n	c	Δ	n	М	ρ	r	•

An die Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters Bundeskanzleramt Willy-Brandt-Str. 1 10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin,

ich wende mich gemeinsam mit anderen SED-Opfern an Sie, um die Gedenkstätte der SED-Opfer in Berlin-Hohenschönhausen als authentischen Schauplatz der Verbrechen des Kommunismus zu retten. Nach der für unsere Opfergruppe schmerzlichen Entlassung von Dr. Hubertus Knabe sind wir SED-Opfer sehr in Sorge, dass die geschichtliche Wahrheit nicht mehr in vollem Umfang dokumentiert wird.

Wir als Opfer des Kommunismus/ Sozialismus/ Stalinismus befürchten, dass durch die Neubesetzung der Stelle des Gedenkstättendirektors die Aufarbeitung der Verbrechen nach 1945 erheblich an Wahrheitsgehalt verlieren wird.

Die Opfer des Kommunismus/ Sozialismus/ Stalinismus haben zudem bereits im September 2018 empfohlen, eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der Vorgänge und der realen Schuld Herrn Knabes einzusetzen.

Die/der Unterzeichnende ist selbst SED-Opfer. Sie / er war aus politischen Gründen verurteilt und inhaftiert und sorgt sich, dass die Schicksale der politischen Häftlinge der DDR verharmlost, verfälscht und verhöhnt werden. Darum darf eine Neubesetzung der Stelle des Gedenkstättendirektors nur in Übereinstimmung mit deren Meinung erfolgen. Dies ist mit der Zusammensetzung der Findungskommission nicht gegeben.

Name, Adresse, Alter	
Datum, Ort	
Mit freundlichen Grüßen Verurteilt nach Paragraf	Unterschrift
Strafmaß	
Haftanstalt	

Die Bemühungen tragen Früchte

Weiterer Schritt in Richtung Opferrente erkennbar

Nachdem der Bundesrat im vorigen Jahr eine Empfehlung an den Bundestag gegeben hatte, die Opferrente für ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR zu dynamisieren, also der Inflationsrate anzupassen, wurde die Empfehlung durch das Land NRW bekräftigt. Dies geht aus einem Schreiben des Ministeriums für Kultur und Wissenschaften an unseren Kameraden Karl-Heinz Genath hervor. Damit haben sich die jahrelangen Bemühungen von Kamerad Genath, der zwischenzeitlich mancherlei Rückschläge einstecken musste, nun gelohnt.

In einem Schreiben vom Dezember vorigen Jahres, das im Auftrag von Ministerpräsident Armin Laschet verfasst wurde, heißt es: Der Bundesrat hat am 19.10. 2018 die Entschließung zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED- Unrechtsbereinigungsgesetze "(316/18(B)" gefasst.

In Bezug auf Ihre Anfrage ist insbesondere auf Punkt f) in der Entscheidung des Bundesrates zu verweisen:

"Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Lage von in der ehemaligen … SBZ und der … DDR politisch Verfolgten zu prüfen, welcher gesetzgeberische Handlungsbedarf in Folge möglicher Gesetzeslücken besteht. Dabei soll insbesondere nach Möglichkeiten gesucht werden, …

f) eine Dynamisierung der Ausgleichsleistungen nach § 8 Ber-RehaG und § 17a StrRehaG vorzusehen,

Zu Buchstabe f): Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass eine Dynamisierung der Ausgleichsleistungen nach § 8 Ber-RehaG und § 17a StrRehaG erreicht werden müsste. Dies erscheint angesichts der wirtschaftlichen Lage vieler Betroffener gerecht. Eine Dynamisierung der Ausgleichsleistungen würde dem den Rehabilitierungsgesetzen innewohnenden Grundgedanken des Befriedungsfaktors und den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Interessen der Betroffenen nachhaltig gerecht werden. Zudem hätte es den Vorteil, dass perspektivisch für eine Anpassung keine neuerliche Gesetzesnovellierung notwendig wäre."

Die Entschließung wurde der Bundesregierung zugeleitet, die entscheidet, ob sie das Anliegen aufgreifen will. Feste Fristen für die Beratungen innerhalb der Bundesregierung gibt es nicht. Ich hoffe aber, dass die Bundesregierung bald initiativ wird. Das Land Nordrhein-Westfalen hat der Entschließung ebenfalls zugestimmt und würde die Umsetzung der darin genannten Vorhaben sehr begrüßen.

Isabell Pfeiffer-Poensgen

Das Gedenken

Oskar Brüsewitz

Pfarrer Oskar Brüsewitz hätte am 20. Mai seinen 90. Geburtstag. Es sind bisher keine Gedenkfeiern geplant. Daher wird in der VOS jede Initiative begrüßt, die zur Erinnerung beiträgt. Dies können Schreiben an die Kirchenleitungen oder die Kommunen sein, wo Brüsewitz gelebt hat: Melle, Zeitz, Weißensee (Thür.) Brüsewitz verbrannte sich im August 1976 und wurde zum Fanal. Seine Bedeutung für den Widerstand gegen das SED-Unrecht ist enorm. Fg

Den Opfern einen Namen geben

EINLADUNG

Am

28. Februar 2019 10.00 Uhr

Die VOS Chemnitz lädt zur

Einweihung der Namenstafel am Ehrengrab Chemnitz

Urnenhain 18 (Eingang Reichenhainer Straße, Weg wird ausgeschildert) herzlich ein.

Es geht darum, den Opfern einen Namen zu geben.
Dem unermüdlichen Engagement der SMTler Benno Prieß und Heinz Lorenz von der VOS Stuttgart haben wir diese Grabstätte zu verdanken. Auch die SMT-Hoheneckerinnen Maria Stein und Margot Jann haben sich bei der Schaffung der Grabstätte große Verdienste erworben.

Das Ehrengrab wurde am
2. Oktober 1993 eingeweiht.
Nun möchten wir durch eine
Namenstafel am Grabstein
nicht nur den Hinterbliebenen
einen Ort zum Abschied geben,
sondern hier soll auch für die
nachfolgenden Generationen
ein Ort des Erinnerns und Ge-

denkens entstehen. Wir hoffen auf eine rege Teilnahme.

Wir trauern um

Reiner Schenk
Margarete Gebhard
Dr. Karl-Heinz Kurz
Genoveva Behrendt
Gottfried Walther

Joachim Pusch

Bezirksgruppe Leipzig
Bezirksgruppe Harz
Bezirksgruppe Magdeburg
Bezirksgruppe Prenzlau
Bezirksgruppe Freiberg
Bezirksgruppe Dresden

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

VOS wieder weihnachtlich familiär

Gemütliches Beisammensein im VOS-Büro

Gute Stimmung und eine ausreichend gedeckte Tafel bildeten auch diesmal in der Vorweihnachtszeit die Grundlage für eine kameradschaftliche Atmosphäre beim Zusammentreffen der Berliner Kamerad/innen in der Bundesgeschäftsstelle, wo Kamerad Hugo Diederich mal wieder für das leibliche Wohl der Gäste gesorgt hatte.



Zu diesem familiären Zusammentreffen lädt der Bundesgeschäftsführer traditionsgemäß jedes Jahr ein. Dies soll möglichst lange so bleiben.

Rainer Buchwald

Rentenunrecht: Weitere Maßnahmen

VOS unterstützt Aktivitäten des IEDF

Nach wie vor unterstützt die VOS die gemeinsame Beschwerde Pet.3-19-11-8222-006233, bei er es um die Rücknahme des Rentenunrechts gegen Übersiedler aus der DDR geht, von denen auch die meisten VOS-Mitglieder betroffen sind. Nach dem Tod von Kamerad Mayer hält der Bundesgeschäftsführer den Kontakt zum federführenden IDEF, deren Koordinator Jürgen Holdenfleiss sich zuversichtlich äußert: Es ist mitzuteilen, dass die aktive Befassung des Bundestages mit dem Thema unmittelbar bevorsteht. Wir müssen diesmal wirklich "Nägel mit Köpfen" machen. Und da erhalten wir die Unterstützung durch den renommierten Rechtsanwalt Stefan von Raumer. Diese Möglichkeit wollen wir unbedingt wahrnehmen. RA von Raumer hatte die Menschenrechtsbeschwerde vor dem EGMR in Straßburg geführt und ist voll im Stoff.

Die VOS beteiligt sich durch einen finanziellen Beitrag und gegebenenfalls durch weitere Aktionen. Die Freiheitsglocke berichtet über Fortschritte. Fg/HD

VOS dankt Ehrhard Göhl

Gedenktafel findet neuen Ausstellungsort

Lieber Kamerad Ehrhard Göhl, Gratulation. Deine Hartnäckigkeit hat schon oft zum Erfolg geführt. Ich denke da nur an den Grotewohl-Express, den es ohne dich nicht in Hohenschönhausen geben würde. Du bist ein verdienstvoller Kamerad und machst der VOS immer wieder Ehre!

H. Diederich / Redakteur

Hinweis: Bericht von A. Selten im Innenteil dieser Ausgabe

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin PVSt Deutsche Post Entgelt bezahlt G 20 666

"Freiheitsglocke", herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 - 2655 23 80 und 030 - 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50 IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin: Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82 Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben den Absender nicht vergessen, sonst ist keine Abnahme vom Server gewährleistet.

Druckerei: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzher-stellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der "Freiheitsglocke" vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	45,00 €
- Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
 Aufnahmegebühr Mitglieder 	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de Fg-Nummer 797/ 798 erscheint März/ April 2019 Redaktionsschluss der FG 795/796 am 03. Februar 2019